

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 2108.

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Pf. Kleinanzeigen 5 Pf. Offertengeld und Auskunftsgebühr 10 Pf. Bei wöchentlichem Abdruck oder sonstiger Fortsetzung ist jeder Absatz einzeln zu bezahlen. Platzverträge werden nur dann aufgegeben, wenn Rückporto beiliegt.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 Mk. einchl. Trägerlohn.

Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. - Einnahmen infolge höherer Gewalt rechtfertigen keine Ersatzansprüche.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 185

Dienstag 9. August 1932

35. Jahrgang

Präsidialkabinett soll bleiben!

Nach der Rückkehr des Reichskanzlers. - Vor der Veröffentlichung einer Notverordnung gegen politischen Terror. - Beginn der Regierungs-Umbildungsverhandlungen. - Die Salbung des Zentrums. - Weitreichende Pläne?

Nach der Rückkehr des Reichskanzlers.

GW Berlin, 9. Aug. (Eig. Meld.) Wie wir erfahren, hat sich Reichskanzler von Papen nach seinem Eintreffen in Berlin gestern vormittag sofort über die Terrorakte unterrichtet lassen, die sich während seines Urlaubs ereignet haben. In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß nun noch heute oder morgen die Notverordnung gegen politische Ausschreitungen erlassen wird, die das Kabinett grundsätzlich bereits in der vorigen Woche beschlossen hat. Eine neue Kabinettsitzung ist für die Intraffsetzung der Notverordnung nicht mehr erforderlich, vielmehr handelt es sich im wesentlichen nur darum, daß dem Reichsjustizminister die vom Kabinett beschlossene Ermächtigung zur Einsetzung von Schnellgerichten gegeben wird. Das dürfte der hauptsächlichste Inhalt der neuen Notverordnung sein.

Für den morgigen Dienstag oder für spätestens Mittwoch erwartet man in politischen Kreisen den Beginn der Besprechungen über die Klärung der innerpolitischen Verhältnisse, wie sie sich aus den Reichstagswahlen ergeben haben. Diese Besprechungen sind offenbar bereits eingeleitet, und zwar vor allem durch eine Fühlungnahme zwischen Adolf Hitler und dem Reichswehrminister von Schleicher. In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, wird grundsätzlich der Standpunkt vertreten, daß die Notwendigkeit eines betonten Präsidialkabinetts durch den Wahlausfall bestätigt worden ist, daß aber auf der anderen Seite eine Beteiligung von Vertretern der Partei geboten erscheint, die aus den Wahlen als die stärkste hervorgegangen ist. Damit sind die beiden Hauptgesichtspunkte gekennzeichnet, unter denen die Verhandlungen dieser Woche geführt werden.

Zu der vorstehenden halbamtlichen Mitteilung des GW-Büros meldet uns unser eigener Berliner Vertreter:

Für Dienstag ist eine Sitzung der Reichsregierung in Aussicht genommen, in der neben anderen wichtigen Fragen, die innerpolitische Gesamtsituation und im Zusammenhang damit die Verhandlungen mit einzelnen Parteien oder Parteiführern aufzunehmen wird. Die privaten oder offiziellen Sondierungen, die im Lauf der letzten 8 Tage stattgefunden haben, haben eine hinreichende Klarheit nicht geschaffen. Tatsache ist nur, daß der politische Beauftragte Hitlers inoffiziell der Regierung die nationalsozialistischen Forderungen mitgeteilt hat auf die sich die nationalsozialistischen Führer Mitte der vergangenen Woche geeinigt haben sollen. Sie laufen mindestens auf die Übernahme des Kanzleramtes und des Innenministeriums, also auf die Übernahme der Staatsführung hinaus.

Je näher die Stunde der Entscheidung rückt, desto stärker unterstreichen die Nationalsozialisten ihre Forderungen. So schreibt beispielsweise der Berliner „Angriff“ unter der Überschrift „Regierungsführung oder Kampf“ zu Meldungen, nach denen die Nationalsozialisten bereit sein sollen, in die Regierung hineinzugehen:

„Gegenüber stellen wir noch einmal ausdrücklich fest, und es ist dies nicht unsere Privatmeinung, daß wir Nationalsozialisten es grundsätzlich ablehnen,

in eine Regierung hineinzugehen, sondern wir verlangen, daß ihr Kurs ausdrücklich von uns bestimmt wird. Weigert man sich, uns die Regierungsführung zuzuerkennen, so gibt es für uns nur eine Antwort: rücksichtslosen Kampf.“

Wenn man auch annehmen darf, daß die nationalsozialistischen Führer sich über die Aussichtslosigkeit derartigen Forderungen bei der Regierung Papen im klaren sind, so kann man doch nicht unberücksichtigt lassen, daß die endgültige Einstellung der Nationalsozialisten weitgehend von den inneren Verhältnissen der Partei diktiert sein wird. Es läßt sich nicht mehr verheimlichen, daß es innerhalb der nationalsozialistischen Partei zu ersten Auseinandersetzungen über die Beteiligung oder die Führung des neuen Kabinetts gekommen ist, und wenn es auch keinen Sinn hat, sich in Kombinationen über

die mutmaßliche Stärke des einen oder anderen Flügels in der nationalsozialistischen Partei zu ergehen, so kann man aus der Tatsache, daß der sog. sozialistische Flügel bei Hitler in Weidenburg vorstellig geworden ist, doch bestimmte Schlüsse ziehen. Wenn es wahr ist, daß die Vertreter dieses Flügels die Einstellung aller Verhandlungen verlangt haben, die der Tendenz der Nationalsozialisten nicht entsprechen, dann müßte auch im entscheidenden Stadium der Verhandlungen mit weitgehenden nationalsozialistischen Forderungen gerechnet werden.

Im Gegensatz zur Auffassung der Nationalsozialisten geben die zuständigen Stellen zu erkennen, daß es notwendig sei, die Form einer Präsidialregierung auch in der nächsten Zukunft beizubehalten. Man bringt offen zum Ausdruck, daß es wünschenswert sei, einige Nationalsozialisten an der Regierungsverantwortung zu beteiligen und zwar solche Persönlichkeiten, die nach ihrer persönlichen Eignung für die betreffenden Ämter in Frage kommen. Diese Auslassungen können schon deshalb keineswegs befriedigen, weil man in der Regierung offenbar unter Umständen daran denkt, Nationalsozialisten, die aus ihrer Partei vorher ausgeschieden sind, in das Kabinett einzubeziehen. Herr von Papen denkt sich die Sache sehr einfach. Es ist aber im höchsten

„Diener der Gesamtheit“.

Um die parteipolitische Betätigung der Beamten. - Ein bemerkenswerter Erlaß des Herrn Dr. Bracht. - „Der Beamte ist Diener der Gesamtheit, nicht einer politischen Partei“.

Die parteipolitische Betätigung von Beamten.

Ein Erlaß Dr. Brachts.

GW Berlin, 8. Aug. Ueber die parteipolitische Betätigung der Beamten hat der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preussischen Innenministers beauftragte Bevollmächtigte des Reichskommisars für Preußen, Dr. Bracht, an die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung folgenden Erlaß gerichtet mit der Anweisung, ihn allen Beamten umgehend zur Kenntnis zu bringen: „Während des letzten Reichstagswahlkampfes haben sich in einer Reihe von Fällen Beamte an der Wahlagitierung der verschiedenen politischen Parteien - teilweise innerhalb ihres Amtsbezirktes und unter einem gewissen Einfluß ihrer amtlichen Stellen oder ihres amtlichen Einflusses - führend beteiligt. Der Beamte, der sich parteipolitisch betätigt, darf hierbei nie vergessen, daß der Beamte nach der Reichsverfassung in seinem Beruf Diener der Gesamtheit, nicht einer politischen Partei ist. Aus diesem hohen Beruf des Beamten ergeben sich für seine private parteipolitische Betätigung zum mindesten in der Form des Auftretens Grenzen, die gerade in von Parteileidenschaft durchwühlter Zeit nicht überschritten werden dürfen. Die Erhaltung des Glaubens an eine unparteiische und gerechte Staatsverwaltung im Volke ist ein besonders wichtiges Element zur Festigung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. Selbst wenn auch nur der Schein politischer Einseitigkeit der Staatsbeamten infolge einer diese Grenzen überschreitenden parteipolitischen Betätigung des Einzelnen das Vertrauen in die Sachlichkeit und Unparteilichkeit der Staatsverwaltung trüben würde, so müßte - zumal in Zeiten wie den gegenwärtigen - der Staat, aber auch die Idee des Berufsbeamtentums, schweren Schaden leiden. Ich werde nicht dulden, daß durch die Art der parteipolitischen Betätigung von Beamten der Staatsgedanke zu Schaden kommt.“

Zwar will ich gewissen mir mitgeteilten Einzelfällen über die Art parteipolitischer Betätigung von Beamten anlässlich der letzten Reichstagswahl nicht weiter nachgehen. Ich muß jedoch angesichts der Notlage des Vaterlandes und der bestehen-

den parteipolitischen Zerrissenheit mit alledem Nachdruck und Ernst an das Beamtentum die Forderung richten, bei künftiger Teilnahme an parteipolitischen Auseinandersetzungen diejenige besondere Mäßigung und Zurückhaltung zu üben, die sich für sie aus ihrer Eigenschaft als Diener am Volksganzen und bedeutsame Organe der Staatsgewalt ergibt.“

Zu dieser Verordnung schreibt die Berliner „Germania“:

Dieser Erlaß Dr. Brachts liegt ganz und gar in der Linie der bisherigen Regierungspraxis. Die von Bracht vertretenen Grundgedanken müssen streng gewahrt werden, wenn die Idee des Berufsbeamtentums und die Autorität des Staates nicht Schaden leiden soll. Dieser Erlaß findet also unsere volle Zustimmung. Nicht ersichtlich aber ist es, warum von zuständiger Seite ausdrücklich betont wird, daß der Erlaß nicht mit der Teilnahme von Polizeibeamten in Uniform an einer nationalsozialistischen Versammlung zusammenhänge, sondern daß seit langem Vorschriften bestünden, die die Teilnahme von Polizeibeamten in Uniform an Parteiversammlungen verbieten. Für den Paradenmarsch uniformierter Polizeibeamter vor dem Grafen Helldorf, den der „Angriff“ triumphierend meldete, ist dieses Verbot jedenfalls nicht maßgebend gewesen. Wenn aber schon ein solches Verbot bestand, und es von einer größeren Anzahl von Beamten in so offenkundiger Weise übertreten worden ist, dann muß es sehr wundern, daß die zuständigen Instanzen der Berliner Schutzpolizei bisher keinerlei Veranlassung gefunden haben, dieses das Ansehen der Polizei bestimmende schädigende Verhalten von Beamten und diese offensichtliche Übertretung einer strengen Dienstanweisung in der Öffentlichkeit unwiderprochen zu lassen. Wir wollen die Frage nicht aufwerfen, welcher Sturm gegen den Vorgesetzten des jetzigen Polizeipräsidenten und Polizeikommandeurs eingeleitet hätte, wenn sich ein auch nur annähernd so trasser Fall, den man als „Büroklapfus“ nicht mehr gut bezeichnen kann, zugetragen hätte. Wir gestatten uns aber, ausdrücklich festzustellen, daß unter dem früheren „System“ eine derartige parteipolitische Betätigung uniformierter Polizeibeamter nicht üblich war und auch nicht voraufkommen ist.

Um die Einberufung des Reichstags.

GW Berlin, 8. August. (Eig. Meld.) In der Presse ist das Reichsinnenministerium im Zusammenhang mit der Frage der Einberufung des Reichstages genannt worden. Von zuständiger Stelle wird dazu erklärt, daß das Reichsinnenministerium mit der Einberufung des Reichstages überhaupt nichts zu tun hat. Der Reichswahlleiter berichtet lediglich dem Präsidenten des alten Reichstages über das vorliegende amtliche Ergebnis der Wahl, und dieser setzt dann die erste Sitzung des neuen Reichstages im Einvernehmen mit dem Reichskanzler fest.

Maße zweifelhaft, ob sie so einfach ist. Wenn wir recht unterrichtet sind, dann sind einige und zwar sehr maßgebende Mitglieder des Reichskabinetts durchaus nicht der Auffassung des Reichskanzlers, und es sollen innerhalb des Kabinetts Auffassungen vorhanden sein, die darauf hinauslaufen, die Forderung der Nationalsozialisten auf Übernahme der Staatsführung vollkommen zu erfüllen.

Im ersten Stadium der Verhandlungen besteht also auf allen Seiten restlose Unklarheit. Seitens der Regierung ist vor allem die dringend notwendige Feststellung noch nicht gemacht worden, daß sie in erster Linie das Ziel verfolgt, zu normalen verfassungsmäßigen Zuständen zurückzukehren. Es scheint, daß sich die Regierung dieser wichtigen Aufgabe noch nicht voll bewußt geworden ist. Wenn man nämlich die Blätter, die der Regierung nahe stehen, liest, dann muß man den Eindruck gewinnen, als sei der Regierung erst in zweiter Linie etwas an der Zusammenarbeit mit dem Reichstag gelegen. Die „D. Z.“ spricht das ganz offen aus und sie nennt dann die wichtigsten sachlichen Aufgaben der Regierung. Man sieht also, welche Pläne in den Köpfen spuken.

Es ist wohl kein Zufall, daß gleichzeitig Gerüchte über andere bedeutungsvolle Pläne auftauchen. Es heißt nämlich, zwischen dem Reichswehrminister v. Schleicher und dem Reichspräsidenten seien bestimmte Vereinbarungen hinsichtlich der Umbildung der Reichsregierung getroffen worden. Es heißt, daß die Vereinigung des Amtes des preuß. Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers in einer Hand und zwar in der Hand Hitlers vorgesehen sei. Und es werden bereits auch Namen für die Besetzung anderer wichtiger Posten, die zusammengelegt werden oder bestehen bleiben sollen, genannt. Wir stehen nicht an, zu erklären, daß ein solcher Kurs ganz unmöglich wäre. Eine solche Maßnahme würde nichts anderes als die Einleitung der Reichsreform unter Zuhilfenahme des Art. 48 der Reichsverfassung bedeuten und es ist bekannt, daß der Reichspräsident früher ganz eindeutig zu erkennen gegeben hat, daß er nicht bereit wäre, einem solchen Kurs seine Zustimmung zu geben. Jede Regierung, mag sie zusammengesetzt sein wie sie will, muß von der ehrlichen Absicht getragen sein, einer Parteidiktatur irgend welcher Art entschieden entgegenzutreten und sich streng im Rahmen der Verfassung zu bewegen. D. h. mit anderen Worten auch, daß auf Experimente von denen in obigen Gerüchten die Rede ist, verzichtet und daß ein Weg zur Zusammenarbeit mit dem Reichstag gesucht und gefunden werden muß.

Wie lange noch?

Die politischen Terrorakte hören nicht auf. — Zahlreiche neue Gewalttätigkeiten im deutschen Osten. — von Bapen kündigt härteste Maßnahmen an!

Chronik des Terrors.

W. Rimpfisch, 8. Aug. In die Wohnung des Kreisvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und Reichsbannerführers Kaufmann in Heiderdorf wurde Montagfrüh gegen 4 Uhr eine Handgranate geworfen. In die Hinterwand des Hauses wurde ein starkes Loch gerissen und zahlreiche Fensterscheiben zertrümmert. Menschen wurden nicht verletzt.

In das Schlafzimmer des sozialdemokratischen Funktionärs Obft in Groß-Riegisch wurde ebenfalls eine Handgranate geworfen, durch die das gesamte Schlafzimmer zertrümmert wurde. Auch hier wurden Menschen nicht verletzt.

In Gollschau wurde dem Lehrer und Amtsvorsteher Gziska gleichfalls eine Handgranate in die Wohnung geworfen. Auch hier wurde nur Schaden angerichtet.

In allen drei Fällen konnten die Täter bisher noch nicht ermittelt werden. Der Regierungspräsident in Breslau hat 1000 Mark Belohnung für die Ermittlung der Täter ausgesetzt.

W. Waldenburg, 8. Aug. Auf das Geschäftsgebäude des sozialistischen Vergewalt wurde Montagfrüh gegen 3 Uhr ein Anschlag verübt. Vier große Schaufensterscheiben wurden durch Steinwürfe und Revolvergeschosse zertrümmert.

Zur selben Zeit wurden zwei große Schaufensterscheiben eines Kaufhauses bei Waldenburg durch Steinwürfe zertrümmert. Ferner wurden gegen 3.30 Uhr vier Revolvergeschosse auf die Wohnung des sozialdemokratischen Amts- und Gemeindevorsteher in Dittersbach bei Waldenburg abgegeben. Auch hier wurden die Fensterscheiben zertrümmert. Als Täter kommen zwei bisher unbekannte Motorradfahrer in Frage.

W. Gleiwitz, 8. Aug. Im Stadtteil Sosniza wurden in der vergangenen Nacht etwa 14 Schiffe abgegeben. Die Ermittlungen nach den Tätern sind noch nicht abgeschlossen. Verletzte haben sich nicht gemeldet.

In derselben Nacht wurden zwei Fensterscheiben der Wohnung des sozialdemokratischen Stadtverordneten Schmann durch Steinwürfe zertrümmert. Als dieser sich am Fenster zeigte, wurde nach ihm geschossen. Er gab darauf einige Pistolenschüsse ab. Nach den Tätern wird gleichfalls gefahndet.

W. Jannowitz, 8. Aug. Gegen die Konsumniederlage wurde heute früh ein Sprengstoffanschlag verübt. Es entstand erheblicher Schaden.

W. Reidenburg, 8. Aug. Eine Bombe wurde vor einer Drogerie zur Entzündung gebracht, zwei Bomben vor zwei Kaufhäusern. In Bischofsburg wurden bei zwei jüdischen Firmen gestern durch Steinwürfe mehrere Schaufensterscheiben zertrümmert.

W. Alfenstein, 8. Aug. Montagfrüh um 2 Uhr wurde gegen das Geschäfts- und Wohnhaus des hiesigen Kommunisten Abraham eine Bombe geschleudert. Die Täter flüchteten in die Bankstraße und sind anscheinend in einem bereitstehenden Kraftwagen entkommen. Die Festnahme eines Mannes, der der Tat dringend verdächtig ist, erfolgte noch in den Nachstunden. Bei der Durchsuchung der Wohnung und der sonstigen Räume des Festgenommenen wurden folgende Waffen gefunden: vier Infanteriegewehre Modell 98, ein Kussengewehr mit Bajonett, eine Pistole 08, eine Dreypistole, ein Schlagring, 23 Gewehrpatronen und 23 Pistolenspatronen.

W. Leobschütz, 8. Aug. (Drahtb.) In der Nähe des Dominions Krug auf dem Wege zwischen Krug und Hochtreischam wurde der Sekretär des Reichsbannerers in Rasfeld, Simsch, tot aufgefunden. Seine Leiche wies zwei Kopfschüsse und auch Verletzungen durch Messerstiche auf. Der Tod muß bereits in der Nacht zum Sonntag eingetreten sein. Die Mordkommission des Leobschützer Amtsgerichtes ist jetzt mit der weiteren Ermittlung beschäftigt.

W. Landsberg (Ostpreußen), 9. Aug. In der Nacht zum Sonntag wurden, wie erst jetzt bekannt wird, von unbekannten Personen auf den Siedler Mehning und den Gutsherrn Jizlaff in Pautern bei Landsberg Revolveranschläge verübt, die jedoch mißlingen. Beide sind führende Mitglieder der Landsberger Ortsgruppe der NSDAP. Bei Mehning begehrt die Unbekannte Einlass. Als Mehning in der Tür erschien, fielen Schüsse, die in den Türpfosten gingen. Bei Jizlaff wurden Schüsse in die

Fenster abgegeben. Auch wurde die Telefonleitung durchschnitten. Verletzt wurde auch hier niemand.

Der Anschlag in Braunschweig aufgeklärt

W. Braunschweig, 8. Aug. Zu dem letzten Sprengstoffanschlag teilt die Polizei u. a. mit: Zwei der Festgenommenen haben gestern ein umfassendes Geständnis abgelegt. Bei beiden Tätern handelt es sich um Mitglieder der NSDAP. Der eine hält sich seit einigen Monaten in der Stadt auf, der andere erst seit einigen Tagen. Der eine Täter hat den Sprengstoff zur Entzündung gebracht, während der andere sich zum Schutz des ersten unweit aufgestellt hatte. Der zur Tat benutzte Sprengkörper ist offenbar von Laienhand angefertigt. Nach dem Geständnis des Haupttäters entspricht die Tat seiner eigenen Anschauung. Er will zu ihr von niemand angezettelt worden sein.

Die Finanzlage der Gemeinden.

Eine bemerkenswerte Aufstellung des Statistischen Reichsamtes. — Sinkende Einnahmen stehen gesteigerte Ausgaben gegenüber. — Wachsende Fürsorgekosten und Schuldenzinsen.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht in Sonderheft Nr. 9 zu „Wirtschaft und Statistik“ neben einer aufschlußreichen Untersuchung der Rechnungsergebnisse der Gemeinden und Gemeindeverbände für 1929/30 nach Gemeindearten und -größengruppen für das Reich und die fünf größten Länder einen hochaktuellen Überblick über die Entwicklung der Gemeindefinanzen von 1928/29 bis 1931/32. In einprägsamer Weise sind hier die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Ausgaben und Einnahmen des gemeindlichen Haushalts, insbesondere hinsichtlich der gemeindlichen Sparmaßnahmen herausgearbeitet. Selbst für die jüngste Zeit werden schon Gesamtzahlen geboten.

Der kommunale Finanzbedarf hatte im Rechnungsjahr 1929/30 mit über 8030 Mill. RM seinen Höchststand erreicht. Unter dem Druck der Wirtschaftskrise setzte mit Erfolg eine tief einschneidende Ausgabenbeschränkung ein. Im Rechnungsjahr 1930/31 lachten die Gemeinden und Gemeindeverbände die Einsparungen vornehmlich noch auf dem Gebiete des Schulwesens und bei den Wohlfahrtsanordnungen. Im Rechnungsjahr 1931/32 dehnte sich die Sparpolitik auf alle Gebiete der gemeindlichen Finanzwirtschaft aus. So gelang es in diesem Rechnungsjahr den gesamten jährlichen Finanzbedarf um über 1500 Mill. RM gegenüber 1929/30 zu senken.

Diese Minderung des Finanzbedarfs ist vor allem auf den starken Rückgang der außerordentlichen Ausgaben zurückzuführen, die von 2221,1 Mill. RM im Rechnungsjahr 1929/30 auf etwa ein Viertel oder 530 Mill. RM im Rechnungsjahr 1931/32 zurückgeschraubt wurden. Auch bei den laufenden Sachausgaben wurde gespart. Von 2125,0 Mill. RM im Rechnungsjahr 1929/30 sind die Sachausgaben 1931/32 auf rund 1800 Mill. RM herabgesetzt worden. In ähnlicher Weise wurden die Personalausgaben gemindert, von 2264,2 Mill. RM sanken sie in der gleichen Zeitspanne auf etwa 1930 Mill. RM. Die Gehaltskürzungen auf Grund der letzten Notverordnung konnten sich in diesen Zahlen noch nicht völlig auswirken. Ihr voller Erfolg wird sich erst im Ergebnis des Rechnungsjahres 1932/33 erkennen lassen.

Neben dem reinen Fürsorgeaufwand wuchs lediglich der Schuldenzins. Die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Schulden stiegen von 507,8 Mill. RM im Rechnungsjahr 1929/30 in den folgenden Jahren auf rund 600 Mill. RM. Der Zuschußbedarf des Wohlfahrtswesens erreichte 1931/32 — wenn man von der Reichshilfe zur Erleichterung der Gemeinden (222 Mill. RM) abzieht — einen Betrag von ungefähr 2255 Mill. RM gegenüber 1593,6 Mill. RM im Rechnungsjahr 1929/30. An Unterstützungen und Zuschüssen wirtschaftlicher und sozialer Art wurden im vergangenen Rechnungsjahr von den Gemeinden und Gemeindeverbänden rund 1820 Mill. RM (1929/30: 1094 Mill. RM) verausgabt.

Infolge der starken Ausgabenbeschränkung auf allen Gebieten sank der Zuschußbedarf der Gesamtheit der Verwaltungszweige gegenüber 1929/30 im Rechnungsjahr 1931/32 um rund 500 Mill. RM — bei Einbeziehung der Reichshilfe als Leistungseinnahme

Bapen will durchgreifen!

W. Berlin, 8. Aug. Der Reichsstatistiker hat sich nach seiner Rückkehr sogleich von den zuständigen Stellen der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums Vortrag über die in den letzten Tagen vorgekommenen Terrorakte halten lassen. Er hat daraufhin sämtliche Reichsminister zu einer Ministerbesprechung am Dienstagvormittag nach Berlin berufen. Der Reichsstatistiker ist der Auffassung, daß den gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gemacht werden muß.

Seht Selbstschutzorganisation?

W. Braunschweig, 8. August. (Drahtb.) In der Frage der geplanten Hilfspolizei hat heute mittag eine Besprechung des Fraktionsvorstandes der Bürgerlichen Einheitsliste bei Minister Klages stattgefunden. Es wurde auf beiden Seiten volles Einverständnis über die zu unternehmenden Schritte erzielt. Die An-

gelegenheit wird von maßgeblicher Seite lediglich als eine Schutzmaßnahme gegen Terror in Stadt und Land betrachtet. Es soll sich jetzt lediglich um die Schaffung von Selbstschutzorganisationen handeln, um deren Verwendung nähere Bestimmungen vom Staatsministerium erlassen werden.

Hierzu meldet die AB: Nach den Erklärungen, die am Samstag von zuständiger Stelle gegeben wurden, mußte man annehmen, daß die Frage der Hilfspolizei, die in einzelnen Ländern durch SA gestellt werden sollte, geklärt wäre. Dies scheint jedoch nicht der Fall zu sein, denn in Oldenburg hat sich nicht viel geändert und aus Braunschweig hört man, daß alle Aussichten bestehen, daß die SA in diesen Tagen gleichfalls der regulären Polizei eingeordnet wird. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die noch gewisse Widerstände dagegen hatten, können sich offenbar unter dem Druck der Nationalsozialisten nicht mehr durchsetzen. Die Braunschweiger Nationalsozialisten erklären nämlich, daß der Reichsinnenminister gegen die Verwendung der SA „keine Bedenken“ habe. Alle anderslautenden Erklärungen über die Vereinbarungen auf der Berliner Konferenz seien „von einer untergeordneten Stelle in Berlin lanciert“ worden. Diese Darstellung soll von Minister Klages ausdrücklich bestätigt worden sein.

An Berliner zuständiger Stelle wird demgegenüber erklärt, daß diese Auslassung unrichtig sei. Parteiformationen dürften keinerlei staatliche Funktionen übernehmen. Jedoch hat diese Stellungnahme einen Haken, denn es wird betont, daß die Bedenken des Reichsinnenministers nur aktiv von SA-Leuten gegenüber geltend gemacht werden. Träten diese aus der Partei aus, so lasse sich gegen ihre polizeiliche Verwendung nichts mehr einwenden. Damit ist natürlich Herrn Klages in Braunschweig Tür und Tor geöffnet und er wird nach diesen „Richtlinien“ des Reichsinnenministers zu handeln wissen. Der Stellungnahme des Reichsinnenministers in der Konferenz mit den nationalsozialistischen Innenministern würde danach keine praktische Bedeutung zukommen.

Preußischer Etat 1932

durch Notverordnung in Kraft gesetzt.

W. Berlin, 8. Aug. Angesichts der Fülle aufeinanderfolgender politischer Ereignisse ist von der Öffentlichkeit bisher übersehen worden, daß in aller Stille die alte preussische Staatsregierung, und zwar unmittelbar vor ihrer Abberufung durch den Reichspräsidenten, dem Landtag noch ein wesentlicher Teil seiner Arbeit abgenommen hat. Die Staatsregierung hat nämlich bereits in der preussischen Gesetzesammlung vom 19. Juli, wie das Nachrichtenbüro des WZ meldet, den preussischen Etat für 1932 durch Notverordnung in Kraft gesetzt.

Wie einmütig, hatte der alte Landtag den Haushaltsplan bereits in erster Lesung erledigt. Das neue Parlament hatte jedoch die gesamte Etatberatung noch einmal von vorn beginnen müssen. In der Zwischenzeit hatte sich das Kabinett Braun veranlaßt gesehen, weitere Einsparungen vorzunehmen, wobei die Schlachtfeldsteuer und die Beamtenparafasse unter anderem eingeführt worden waren. Im Verlaufe des Landtages war verschiedentlich versucht worden, die parlamentarische Erledigung des Haushaltsplanes nun scheinbar durchzuführen. Es hatten sich jedoch Schwierigkeiten ergeben, weil große Parteien vorher die Erledigung anderer Angelegenheiten, darunter der politischen Amnestie forderten.

Nachdem der Etat nun durch Verordnung in Kraft gesetzt ist, könnte der Landtag zwar noch eine allgemeine Aussprache darüber durchführen, wesentliche Änderungen aber nicht mehr anbringen; denn die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931, von der der Staatsgerichtshof bereits entschieden hat, daß diejenigen Länderverordnungen durch die Parlamente nicht aufgehoben werden können, die auf diese Ermächtigung zurückgehen.

In der preussischen Notverordnung über den Etat für 1932 ist noch beachtlich die Vornahme einiger Änderungen. Völlig neu ist der § 9 des Haushaltsgesetzes. Er bestimmt, daß zur Sicherung der Ablieferung der von den Gemeinden eingehobenen Staatssteuer der Finanzminister für die künftigen Gemeinden einen Staatsbeamten mit der Wirkung bestellen kann, daß dieser berechtigt sei, die getrennte Verwaltung der eingehobenen Staatssteuern anzuordnen und der Gemeindekasse unmittelbar Zahlungsaufweisungen zu erteilen mit der Maßgabe, daß diesen Aufweisungen der Vorrang vor allen übrigen Zahlungspflichten der Gemeinden zustehe.

des Wohlfahrtswesens um mehr als 700 Mill. RM. Der Zuschußbedarf für die Verwaltungszweige ohne das Wohlfahrtswesen ist um weit mehr als eine Milliarde RM zurückgegangen.

Auf der Einnahmeseite zeigten sich verschiedene für die Aufrechterhaltung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft erhebliche Schwierigkeiten. Die Verwaltungseinnahmen (Gebühren, Beiträge, Mieten u. dgl.) konnten nicht ganz auf ihrer Höhe gehalten werden, obwohl vielfach die Gebühren, wie beispielsweise die Schulgebühren und die Anfallungsverpflichtungssätze erhöht wurden. Sie hielten sich im Rechnungsjahr 1931/32 auf rund 1300 Mill. RM (1929/30: 1331,2 Mill. RM). Die Einnahmen aus Schuldenaufnahme blieben fast völlig aus, die Fondsentnahmen und Vermögenszugriffe mehrten sich. Die außerordentlichen Einnahmen sind daher insgesamt von 1301,8 Mill. RM im Rechnungsjahr 1929/30 auf nur mehr etwa 300 Mill. RM im Rechnungsjahr 1931/32 gesunken. Die Ablieferungen des Erwerbsvermögens (der „Betriebe“ und des Kapital- und Grundvermögens) mußten trotz Rückgang ihrer laufenden Einnahmen möglichst gesteigert werden. So war es zu erreichen, daß im Rechnungsjahr 1930/31 750 Mill. RM, 1931/32 mindestens 650 Mill. RM als Reinerlöse des Erwerbsvermögens eintrafen gegenüber 611 Mill. RM im Rechnungsjahr 1929/30.

Die Steuereinnahmen der Kommunen sind infolge der Wirtschaftskrise immer weiter zurückgegangen. Im Rechnungsjahr 1929/30 bedekten die gemeindlichen Steuereinnahmen (4390 Mill. RM) ungefähr 81 v. H., im Rechnungsjahr 1931/32 mit 3700 Mill. RM nur noch rund 75 v. H. des Zuschußbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Minderung der Steuereinnahmen ist vor allem auf den Rückgang der Ueberweisungen aus den konjunkturempfindlichen Reichsteuern zurückzuführen. Im Rechnungsjahr 1929/30 hatten die Reichsteuereuerverweisungen noch 1596 Mill. RM gebracht, im Rechnungsjahr 1931/32 aber nur mehr 1100 Mill. RM. Auch die Einnahmen der Kommunen aus Landes- und Gemeindesteuern hielten sich nicht auf gleicher Höhe. Trotz der Tarifserhöhungen und Neueinführung von Steuern (Bürgersteuer usw.) konnten die Ausfälle nicht ausgeglichen werden. Im Rechnungsjahr 1931/32 belaufen sich die Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus Landes- und Gemeindesteuern auf 2600 Mill. RM, also fast 200 Mill. RM weniger als 1929/30, wo sie 2794 Mill. RM erreichten.

Für das Ende des Rechnungsjahres 1931/32 kann für die Gemeinden und Gemeindeverbände noch mit einem die Vorjahre mitumfassenden Gesamtschuldbetrag von mehr als 500 Mill. RM gerechnet werden. Im Rechnungsjahr 1932/33 wird sich erst die volle Auswirkung der gemeindlichen Sparmaßnahmen der letzten Jahre zeigen. Auch die erhöhte Beihilfe des Reichs, das in seinem Etat zur Erleichterung der Wohlfahrtskosten der Gemeinden und Gemeindeverbände einen Betrag von 672 Mill. RM veranschlagt hat, wird zur Sicherung und ordnungsmäßigen Aufrechterhaltung der gemeindlichen Haushaltswirtschaft im Rechnungsjahr 1932/33 wesentlich beitragen.

Was ist's um die Zinsenkung?

Grundlgliches zu einem aktuellen Thema.

Wir finden in der *Welt*, *Lothar* einen sehr interessanten, ausführlichen Aufsatz über dieses Problem, für den ein Verfasser namens *Vanellus* zeichnet. Da diese wirtschaftlichen Fragen heute im Vordergrund der Diskussion stehen, geben wir die Grund der Diskussion stehen, geben wir die Ausführungen hier wieder.

Der Gedanke, daß eines der ersten Erfordernisse der Belebung der Wirtschaft eine weitgehende Zinsenkung ist, gewinnt ständig mehr an Boden. Das Ausland hat schon seit langem die hohe Bedeutung niedriger Zinssätze für die Belebung der Wirtschaft erkannt und dementsprechend gehandelt, wie es insbesondere die Entschließung der englischen Regierung beweist, einen Anleihebetrag von der ungeheuren Summe von 16 Milliarden Mark in der Weise umzuschulden, daß der Zinssatz von 5 Prozent auf 2 1/2 Prozent ermäßigt wird, eine Maßnahme von beispielloser Grozugigkeit und Entschließung.

Aber auch in Deutschland ist festzustellen, daß die Erkenntnis, daß auf dem Gebiete der Zinsenkung Grundlegendes geschehen muß, immer weiter forschreitet, wenn auch noch weite und einflußreiche Kreise den Gedanken bekämpfen. Bei den von Deutschland aus Ausland zu zahlenden Zinsen ergibt sich die Notwendigkeit einer Zinsenkung schon aus der einfachen Ueberlegung, daß man Devisen im Inlande nicht machen kann und daher nie mehr Devisen von Deutschland gezahlt werden können, als Deutschland Devisen vom Ausland empfangt. Reicht der Deviseneingang zur Bezahlung des ausländischen Schuldendienstes nicht aus, wie es heute zweifellos der Fall ist, so muß die zur Verfügung stehende Devisenmenge rationiert werden, was praktisch Zinsenkung bedeutet. Bei dem inländischen Zinsendienst liegt es aus einem anderen Grunde praktisch nicht anders. Hier ist das maßgebende Wirtschaftsgeet, daß, auf längere Sicht gesehen, nicht mehr Zinsen gezahlt als verdient werden können. Denn Voraussetzung eines jeden Wirtschaftens ist Rentabilität. Dies ist längere Zeit nicht klar erkannt worden, und eine Zeit lang sind in vielen wirtschaftlichen Betrieben weit höhere Zinsen bezahlt worden, als mit dem investierten Kapital verdient wurden. Das war aber nur solange möglich, als das Kreditvolumen nicht erschöpft war und aus neuer Darlehensaufnahme die Mehrzinsen gezahlt wurden. Nachdem aber jetzt der Zustand eingetreten ist, daß das Kreditvolumen allgemein erschöpft ist, ergibt sich die einwandfreie Tatsache, daß nie mehr Zinsen gezahlt werden können, als erwirtschaftet werden können, es sei denn, daß die Mehrzinsen aus Substanzbertragung oder Substanzvernderung beglichen werden und damit sich das Kapital allmählich selbst aufhebt, so daß jede Zinszahlung für den Gläubiger eine Gefährdung der Kapitalforderung selbst herbeiführt. Denn auch in der Wirtschaft gilt auch das einfache Gesetz, daß auch die Fruchte verborren müssen, wenn der Baum verdorrt. Schrumpft das ganze Wirtschaftsleben, so muß auch die Rente der Wirtschaft, nämlich der Zins, schrumpfen.

Bei uns vollzieht sich alles gründlicher, und deshalb bildet sich diese Erkenntnis auch langsamer, sie gewinnt aber ständig weiter an Boden. Es werden andererseits jedoch auch Bedenken verschiedenster, insbesondere auch moralischer Art gegen eine Zinskonversion erhoben. Die moralische Rechtfertigung einer allgemeinen Zinsenkung ergibt sich aber schon aus der Beweisführung, die von den Gegnern gegen solche Maßnahmen vorgebracht wird. So führte die *„Wertwirtschaft“*, ein maßgebendes Blatt der Wirtschaft, kürzlich aus, der Staat dürfe die einfachsten Begriffe von Treu und Glauben nicht verleugnen, indem er redlich erworbenes Eigentum einer Sonderbehandlung unterwerfe. Es wird dann aber hinzugefügt: „Wenn die Frage der Zins- und Schuldentwertung organisch allgemein gelöst wird, so daß alle Vermögensanlagen und Einkommensverhältnisse gleichmäßig davon betroffen werden, dann allerdings teilt der Besitzer festverzinslicher Anleihen nur das Schicksal aller. Was er auf der einen Seite vielleicht verliert, gewinnt er auf der anderen.“

Diese Umwertung aller Werte, die als Voraussetzung für die Verwertung einer Zinsabwertung bezeichnet wird, liegt aber seit langem vor. Der Verarmungsfaktor ist auf allen Gebieten gegeben. Nur der Inhaber von Geldforderungen hat auch nach der teilweisen Zinsenkung durch die Not-

verordnung eine Sonderstellung behalten. Denn wie liegen die Verhältnisse tatsächlich? Bei einem Sechstel der Bevölkerung Deutschlands ist das Einkommen unter das Existenzminimum gefallen. 41 Prozent aller Arbeitsplätze sind unbesetzt. Im Verhältnis zum Jahre 1929 ist das Arbeitseinkommen um 36 Prozent zurückgegangen, was vom Zinseinkommen bei weitem nicht gesagt werden kann. Von allen Aktien stehen nur noch 9 Prozent über pari, mehr als 50 Prozent sind unter ein Drittel des Pariwertes gefallen. Diejenigen, die ihr Geld in Aktien angelegt haben, haben nicht nur zum groten Teil durch Dividendenlosigkeit zeitweilig jede Rente verloren, sondern in sehr vielen Fällen auch durch Zusammenlegung der Aktien eine endgültige Abwertung ihres Vermögens erfahren. Die Rohstoffe liegen weit unter Friedenspreis. Ein die Wirtschaft vernichtender Preisverfall ist auf allen Gebieten eingetreten. Gehälter und Löhne sind in fortlaufendem Maße gesunken. Selbst die Renten der Invaliden, Kriegsbeschädigten, Sozialrentner und sonstigen Untersttzungsberechtigten haben eine fortschreitende Ktzung erfahren, so daß auch auf dem Gebiete der sozialen Frorge die Anpassung an die zeitliche allgemeine Wirtschaftslage erfolgt ist. Während noch im Jahre 1929 der Untersttzungssatz der Erwerbslosen pro Partei 90 Mark betrug, ist dieser auf 50 Mark gekürzt worden, ohne Rücksicht darauf, daß von dem Erwerbslosen selbst in die Arbeitslosenversicherung teils hohe Beiträge eingezahlt worden sind. Eine weitere Senkung ist durch Notverordnung mit Rücksicht auf weitere Steigerung der Kaufkraft des Geldes angeordnet. Alles paßt sich dem Wirtschaftsindeks an, sogar das Existenzminimum der Invaliden und Untersttzungsberechtigten mußte sich mit Rücksicht auf die gestiegene Kaufkraft des Geldes und das Sinken der Warenpreise immer wieder neue Ktzungen gefallen lassen, nur allein der Inhaber von Geldforderungen erhält eine Rente, die weit über dem Friedenssatz liegt, die außerdem noch durch den gestiegenen Goldwert eine starke Steigerung der Kaufkraft erhalten hat. Die nach geanerlicher Auffassung notwendige Voraussetzung für die moralische Verwertung einer Zinskonversion, die Umwertung aller Vermögensanlagen und Einkommensverhältnisse, ist also gegeben. Aber auch rechtlich ist die Begründung gegeben. Jede Geldforderung ist eine Gattungsschuld. Eine Gattungsschuld braucht aber nur zurückgezahlt zu werden mit Werten mittlerer Art und Gtte. Keiner hat Anspruch darauf, mehr oder wertvolleres zurückzunehmen, als er gegeben hat. Das Geld selbst ist kein Wert, der die Eigenschaft in sich trägt, die Bedürfnisse des Menschen, wie Wohnung, Ernährung und Kleidung, direkt zu befriedigen. Es ist nur eine Umwertung auf jedwede Art von Lebensgütern und nur eine Elle, mit der der Wert der einzelnen Lebensgüter gemessen wird. Wer beispielsweise vor 5 Jahren eine Geldsumme darlehensweise gegeben hat, mit der er seinen

Lebensunterhalt für einen Monat damals bestreiten konnte, und jetzt mit dem gleichen Betrage seinen Lebensunterhalt für 1 1/2 Monat bestreiten kann, erhält also mehr als er gegeben hat, obwohl er als Gläubiger einer Gattungsschuld nur einen Anspruch auf eine Leistung mittlerer Art und Gtte hat, aber nicht auf eine Leistung von ganz erheblich gesteigerten Werte. Auf der Glubigerseite ist nach der negativen Seite stets der Standpunkt vertreten worden, daß eine Verringerung der Kaufkraft beachtet werden müsse. Man hat es für nichts Unrechtes gehalten, bei Hypotheken, Schuldverschreibungen, Obligationen usw. durch Vereinbarung von Goldmark sich die Wertbeständigkeit, d. h. die gleiche Kaufkraft des entliehenen Geldes zu sichern. Der Gedankengang, die zahlenmäßige Höhe der Schuldverpflichtung abhängig zu machen von der Kaufkraft des Geldes, ist dem Gläubiger schon lange gefällig gewesen, allerdings nur zur Wahrung seiner Interessen. Es muß aber als unbillig empfunden werden, wenn derjenige, der sich durch Sicherung der Wertbeständigkeit gegen ein Abgleiten der Kaufkraft, also gegen einen Nachteil schtzt, im Falle des wesentlichen Anstieges der Kaufkraft den daraus für ihn entstehenden Vorteil beansprucht. Man darf nicht nur auf Zahlen sehen, es muß auch geprüft werden, welcher Wert, insbesondere welche Kaufkraft hinter den Zahlen sich darstellt, wie ein Gläubiger, der sich Goldmark versprochen ließ, es schon getan hat. Allerdings hat der Gläubiger sich dieses Vorrecht auf Grund besonderer Rechtsvereinbarung zusichern lassen und steht so in der besseren Rechtsposition. Diese bessere Rechtsstellung konnte er sich aber nur deshalb sichern, weil er in der stärkeren Rechtsposition als der darlehensnehmende Schuldner war. Diese aus einer stärkeren Rechtsposition resultierende bessere Rechtsposition ist auch vom Staat grundsgtzlich zu schtzen. Ergibt sich aber, daß durch eine nicht voraussehbare völlige Verringerung aller Wirtschaftsverhältnisse und Wirtschaftsfaktoren die aus der besseren Rechtsposition hervorgegangene Rechtsposition zu einem großen Mißverhältnis zwischen dem Wert der empfangenen und der zurckzugewhrenden Leistung geführt hat, so daß der Gläubiger eine nicht beabachtete und auch damals von ihm ja nicht erwartete Veränderung erfährt, so kann es nicht als unbillig empfunden werden, wenn der Staat dieses Mißverhältnis durch Gesetz dahin torriegert, daß wie beim Gläubiger kraft gesetzlicher Bestimmung die Kaufkraft des Geldes für den Inhalt des Schuldverhältnisses mitbestimmend gemacht wird. Allerdings können kleine Schwankungen nicht berücksichtigt werden. Seit 1926 ist der Goldwert jedoch über 30 Prozent gestiegen. Diese immense Steigerung muß, da eine Geldschuld eine Gattungsschuld ist, Berücksichtigung finden, wenigstens bei den Zinssätzen, da in konsequenter Durchführung man sogar zu einer allgemeinen Abwertung kommen würde. Ein anderer Gesichtspunkt ist noch zu beachten. Der Ka-

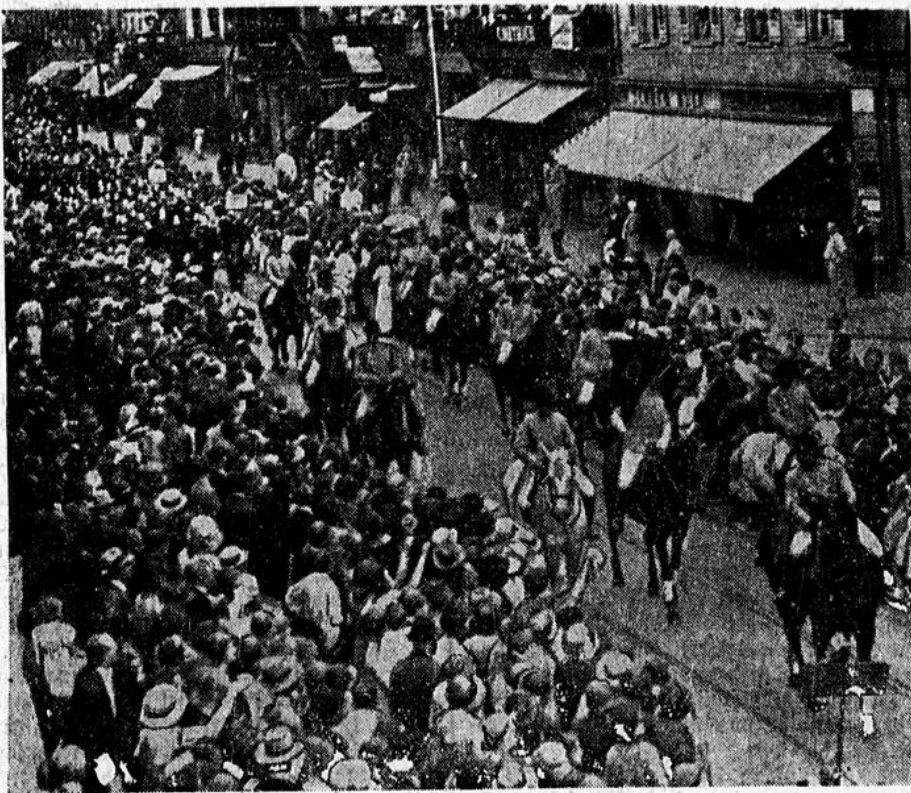
pitalnotstand, der nach der Inflation in Deutschland eintrat, sowie die Unsicherheit der Entwicklung in Deutschland auf wirtschaftlichem und politischen Gebiete hatte zur Folge, daß die damals geforderten Zinssätze deshalb im Verhältnis zu Ländern mit gesicherten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen bedeutend höher waren, weil in dem Zinssatz zugleich eine Risikoprämie einfliete. Eine Risikoprämie bedeutet aber nicht, daß derjenige, der diese Prämie empfängt, von jedem Risiko frei ist und das Risiko auf der anderen Seite liegt. Haben sich die Verhältnisse nachträglich tatsächlich so gestaltet, wie man bei Festsetzung des Risikoprämie in sich schließenden Zinssatzes befürchtete, wie es infolge des Niedrucks der ganzen Wirtschaft in Deutschland zweifellos der Fall ist, so kann der Gläubiger sich nicht beschweren, wenn er jetzt den Zinssatz erhält, der der Wirtschaftslage entspricht. Das von ihm einkalkulierte Risiko ist eben eingetreten. Der Schaden, den er, auerlich betrachtet, erleidet, ist für ihn kein wirklicher Schaden, da er ihn durch die empfangene Risikoprämie schon vorher abgegolten bekommen hat. Die aus wirtschaftlichem Zwang notwendige Zinskonversion ist also auch rechtlich und moralisch begründet. Sie war ja auch als Risiko vorher schon einkalkuliert. Sie liegt aber auch im Interesse des Gläubigers, wenn dieser Wert darauf legt, nicht Gefahr zu laufen, durch Zahlung eines Teiles der Zinsen aus der Substanz des Kapitals selbst zu verlieren. Was der Gläubiger auf der einen Seite durch Zinsenkung verliert, gewinnt er daher wieder auf der anderen Seite, da sein erstes Interesse nicht Erhaltung der Höhe des Zinssatzes, sondern Sicherung seines Kapitals ist. Sicherung der Höhe des Zinssatzes ist auch nicht die Sorge, die die Gläubiger bewegt. Das beweist die Tatsache, daß schätzungsweise weit über eine Milliarde Mark von Banken und Sparkassen abgehoben worden sind und jetzt zinslos in den Schubladen liegen. Die Abhebung ist aber nicht aus dem Gedanken heraus geschehen, sich einen hohen Zinssatz zu sichern, sondern das Kapital selbst zu erhalten.

Die Verbilligung des Kredits hat in erster Linie zu erfolgen durch Senkung des Reichsbankdiskonts auf 2,5 bis 3 Prozent, durch wesentliche Herabsetzung der Bankzinsen, insbesondere der Zinsspanne und der Nebengebühren, wie auch durch Anpassung der Zinssätze für langfristige Anleihen an die katastrophale Wirtschaftslage.

Insbesondere muß auch für neu herausgegebene Darlehen ein Hchstzinsfu festgesetzt werden, damit der schwarze Geldmarkt, der jetzt überall sich breit macht, unterbunden wird. Die gesetzliche Regelung kann in einfacher Weise dadurch getroffen werden, daß durch Gesetzesvorschrift bestimmt wird, welcher Hchstzinsatz als zulässig und welcher bei der heutigen Wirtschaftslage als objektiv wucherisch anzusehen ist.

Es lassen sich weder moralische noch rechtliche Gründe noch irgendeine sonstige stichhaltige Begründung dafür anführen, daß in Deutschland die Zinsen um ein Mehrfaches höher sind als im Ausland. Denn das deutsche Volk ist nicht dazu da, Zinsfronzuleisten für das Ausland, das gleichen nicht für einen inländischen Gläubiger einschließlich der Reichsbank.

In letzter Zeit geht die Nachricht durch die Presse, daß eine Zinsenkung in der Weise geplant sei, daß von Fall zu Fall im Wege privater Vereinbarung eine Zinsreduzierung durchgeführt werden soll. Eine solche Maßnahme würde keine Hilfe bringen. Denn abgesehen davon, daß eine solche private Vereinbarung schon stets möglich war, handelt es sich bei dem Problem der Zinsenkung nicht um eine Sanierungsmaßnahme, sondern um eine Belebnungsmanahme, damit die Wirtschaft endlich aus der Lethargie herauskommt. Auch ist kaum anzunehmen, daß das Ausland, das eine generelle Zinsenkung z. B. bei den Stillhaltegebern gewährt hat, nicht darauf bestehen wird, daß auch die inländischen Gläubiger in Anpassung an die allgemeine Wirtschaftslage eine generelle Zinsenkung vornehmen. Wird erst dann eine Zinsenkung gewährt, wenn der Schuldner infolge des überlegten Zinsendienstes in Schwierigkeiten gerät oder schon zusammengebrochen ist, so liegt nur ein Stückwerk und ein hinter den Tatsachen herrennender Vorwand vor, wodurch eine Belebung der Wirtschaft und neuer Unternehmungsgestalt mit Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht erreicht werden kann.



Der Kongress der Feuerwehrleute.

In der badischen Hauptstadt Karlsruhe trafen sich 10 000 Feuerwehrleute aus allen deutschen Gauen zum 21. Feuerwehrkongress. Auch verschiedene ausländische Organisationen wie in Oesterreich, Ungarn, der Tsche-

choslowakei und der Schweiz hatten Vertretungen entsandt. Ein besonders buntes Bild bot der Festzug der Kongreßteilnehmer, den Reiterabteilungen einzelner Verbnde.

Aus Westdeutschland.

Kölner Chronik.

Der Mord an dem Schneiderlehrling Sester.

Wp Köln, 8. Aug. Wie erinnert, wurde am 28. April im Kölner Stadion in einem Dicht der 17-jährige Schneiderlehrling Peter Sester aus Efferen erschossen aufgefunden. Die Ermittlungen der Polizei hatten lediglich ergeben, daß kurz vor Mitternacht zwei junge Leute in die Anlagen gegangen waren, und daß kurz danach ein Schuß gefallen ist. Nach vielmonatigen Bemühungen ist es jetzt gelungen, in einem Fürsorgezögling den Tatzeugen zu ermitteln, der mit Sester in den Stadtwald gegangen war. Nach seiner Schilderung sollten beide dort mit einem reichen Herrn zusammen treffen, der ihre Gesellschaft gesucht habe. Dieser Herr sei auf sie zugekommen und habe ohne jede Veranlassung aus nächster Entfernung auf Sester mehrere Schüsse abgegeben. Der Fürsorgezögling will nach diesem Vorfall geflohen sein, während der Täter, der einen hellen Ueberzieher getragen habe, schnellen Schrittes entfernt habe. Die Bemühungen der Polizei gehen nun dahin, festzustellen, ob die beiden Burken, die engste Beziehungen zu halbweilkeisen unterhalten hatten, den Täter angegriffen haben, oder ob sonstige Motive eine Rolle gespielt haben.

Zwei Jahre Zuchthaus für einen Unbankbaren.

Wp Köln, 7. Aug. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte den 41-jährigen Elektriker Gottfried W. wegen fortgesetzten Diebstahls betruges zu einer Zuchthausstrafe von zwei Jahren und 100 Mark Geldstrafe, ersatzweise weiteren 10 Jahren Zuchthaus. Der Verurteilte hatte sich während der Verbüßung seiner letzten Strafe im Gefängnis so gut geführt, daß ihm die Strafanstaltsverwaltung bei seiner Entlassung aus gutem Herzen ihre Hilfe zusicherten. Verurteilt bekam eine Vertretungsstelle für eine Waschmaschinenfirma. Diese Stellung benutzte er sofort zu neuen Betrügereien. Er ließ sich von zahlreichen Leuten Anzahlungen von 60 bis 100 Mark auf die zu liefernden Maschinen geben, bezieht aber das Geld für sich, ohne auch nur an die Lieferung einer einzigen Waschmaschine zu denken. Unter den Geschädigten befindet sich auch der Strafanstaltsdirektor, der aus gutmütigem Herzen den ehemaligen Gefangenen stützen wollte und bei ihm eine Waschmaschine bestellte. Er zahlte an den Angeklagten nach und nach 130 Mark, ohne jemals dafür in den Besitz einer Maschine zu kommen. Besonders mit Rücksicht auf diesen Fall sagte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung, seien dem Angeklagten mildernde Umstände verweigert worden; beweise doch gerade hier sein ganzes Vorgehen einem Manne gegenüber, der ihm wohlwollte und sich seiner hilfsreich annahm, eine so niedrige Gesinnung, daß das Gericht auf Zuchthausstrafe erkennen mußte. Weiter wurden dem Verurteilten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt.

Veruntreuungen bei der Bauparasse.

Wp Köln, 8. Aug. Die Kriminalpolizei teilt mit: Ein 31-jähriger Kaufmann, der als Geschäftsführer der Bauparasse der Bauparasse A. G. in Köln tätig war, ist festgenommen worden, weil er dringend verdächtig ist, über Baupargelder eigenmächtig zum Nachteil der Einzahler verfügt zu haben. Der Schaden wird auf etwa 28.000 Mark geschätzt. Von beteiligter Seite wird hierzu mitgeteilt: Nach Prüfung der Sachlage hat das Amtsgericht den Erlass eines Haftbefehls abgelehnt. Der Vorstand befindet sich infolgedessen auf freiem Fuß. Bei seiner Vernehmung ist dem Vorstand in keiner Weise der Vorwurf gemacht worden, Baupargelder widerrechtlich für sich verbraucht zu haben. Uebrigens lag der Fragenkomplex bereits dem Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen im März d. J. vor. Er wurde auch in der Sitzung des Reichsaufsichtsamtes, die über den Weiterbetrieb der A. G. in Köln zu entscheiden hatte, geprüft. Er hat dem Reichsaufsichtsamt keine Veranlassung zur Unterfugung des Geschäftsbetriebes der A. G. gegeben.

Ohne Führerschein.

Wp Köln, 9. Aug. Am Samstag stießen auf der Merheimer Straße ein Lastkraftwagen und ein Motorrad zusammen. Der Fahrer des Motorrads wurde so schwer verletzt, daß ihm das linke Bein abgenommen werden mußte. Der Fahrer des Lastkraftwagens war nicht im Besitz eines Führerscheins. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

14 Selbstmörder in einer Woche.

Wp Köln, 9. Aug. Wie aus dem Wochenbericht des Statistischen Amtes über die Bevölkerungsbewegung in Köln hervorgeht, haben in der letzten Woche 14 Personen ihrem Leben gewaltsam ein Ende bereitet.

Düsseldorf und Umgebung.

18-jähriger Lehrling ersticht 17-jähriges Dienstmädchen.

Wp Düsseldorf, 8. Aug. In Baerl (Kreis Mors) wurde gestern früh das 17-jährige Dienstmädchen Köhnen der Metzgerleute Haase in ihrer Kammer mit durchschnittener Kehle tot aufgefunden. Als Täter wurde der 18-jährige Lehrling August D. ermittelt, der nach dem Mord zunächst geflüchtet war, sich aber dann der Polizei stellte. D. hatte in der Nacht zum Sonntag zu einem Freunde geäußert, er werde das Mädchen ermorden. Kurz darauf hat er das Mädchen nach verzweifelter Gegenwehr umgebracht.

Schwindelunternehmen aufgedeckt.

Wp Düsseldorf, 8. Aug. Die Polizei hat erneut ein Schwindelunternehmen aufgedeckt. Es ist dies die Kreditgesellschaft m. b. H. Mercuria, Düsseldorf, die im Februar 1932 gegründet und im Mai handelsgerichtlich eingetragen wurde. An Einlagekapital war kein Heller vorhanden. Eine Eintragung in die Bücher der Gründer, wonach ein früherer Berufsschuldner Namens F. H. 5000 Mark in Bar eingebracht habe, war gefälscht. F. H. als Leiter des Unternehmens und dessen Organisator, ein vielfach vorbestrafter Mensch namens Anton P. S., wurden festgenommen. Die Darlehenssucher mußten 50 bis 1000 Mark einzahlen, wofür sie in vier bis acht Wochen Darlehen bekommen sollten. In Wirklichkeit teilten die zwei Schwindler das Geld unter sich, indem sie sich gegenseitig unter falschem Namen Darlehensanträge ausstellten, die unter diesem Namen ausbezahlt und gebucht wurden. Einen Teil der von ihm einkassierten Gelder behielt P. S. für sich allein. Bisher sind 63 Darlehenssuchende als geschädigt festgestellt.



Die modernste Autostraße Europas.

Die Autostraße zwischen Köln und Bonn ist jetzt in Antiversion von Vertretern der Behörden und des ADAC dem Verkehr übergeben worden. Die Autostraße ist vierspurig, freizugig und dient nur dem Autoverkehr. Bei einer Länge von etwa 20 km beträgt der Kostenanfall 8,6 Millionen Mark.

Eröffnung der Autostraße Köln-Bonn

Wp Köln, 7. Aug. Mit einer zeitgemäß schlichten, aber eindrucksvollen Feier wurde am Samstag die modernste Autostraße Europas der Öffentlichkeit übergeben. Die vierspurige, plantrennungsfreie, nur dem Kraftwagenverkehr dienende Straße von Köln nach der 21 km entfernten Universitätsstadt Bonn ist ein Meisterwerk deutschen Schaffensgeistes. Die Herstellung der Autostraße hat einen Betrag von 8,6 Mill. Mark erfordert. Die endgültige Fahrbahnfestlegung, die aber erst nach mehreren Jahren stattzufinden braucht, wird voraussichtlich noch etwa 2 Millionen Mark kosten.

Um 11 Uhr versammelten sich im Hansa-Saal des Rathauses die Ehrengäste, unter den man u. a. Ministerialdirektor Stadenhoff als Vertreter des Reichsverkehrsministers, Oberbürgermeister Schütte als Vertreter der preussischen Regierung, den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, die leitenden Herren der führenden Automobilclubs und der Industrie bemerkte.

Landeshauptmann Dr. Horion begrüßte die Ehrengäste und würdigte noch einmal das geschaffene große Werk, das auch heute bei verminderter Verkehr als eine bringende Verkehrsnotwendigkeit anzusehen sei. Nach einer Ansprache des Baurats F. H. nahm Oberbürgermeister Dr. A. D. neuer das Wort, der in launiger Weise die Zweckbestimmung der Kraftwagenstraße schilderte.

Nachdem noch Ministerialdirektor Stadenhoff, Geheimrat Louis Hagen und Landesbauplatz F. H. Ausführungen gemacht hatten,

begaben sich die Teilnehmer zum Verteilungsfeld an der Militärringstraße, wo das grüne Band, das die neue Kraftwagenstraße Köln-Bonn bis dahin gesperrt hatte, zerschnitten wurde. Damit war das großzügige Werk, das monatelang einem Heer von Arbeitslosen Beschäftigung und damit Verdienst gegeben hatte, dem Verkehr übergeben.

Der erste Verkehr.

Wp Köln, 7. Aug. Die Eröffnung des Verkehrs auf der neuen Autostraße Köln-Bonn vollzog sich in Gegenwart der Vertreter der Behörden, der Presse, der Automobilclubs u. v. Landeshaupthauptmann Dr. Horion hielt an dem „Verteilungsfeld“ an der Militärringstraße in Köln bei diesem Festakt nochmals eine kurze Ansprache, die auch über den Westdeutschen Rundfunk übertragen wurde. Er übergab dann die Straße an die Provinz und an den Adac zur freien Benutzung. Oberpräsident Dr. Fuchs nahm unter anerkennenden Worten für die Provinz und alle am Bau Beteiligten die Straße in die Obhut der Provinz und zerschnitt das Band mit den Worten: „Möge diese Straße einen neuen Weg eröffnen in die Zukunft des Rheinlandes und des deutschen Vaterlandes.“ Hierauf setzte sich eine lange Autokolonne über die neue Straße in Bewegung. An dem „Straßenbahnhof“ Besseling wurde Halt gemacht. Hier gaben die am Bau beteiligten Vau- räte der Rheinprovinz nochmals technische Erläuterungen über die Auf- und Abfahrtrampe, die einzige Zwischenrampe auf der 21 Kilometer langen Strecke Köln-Bonn. Dann setzte sich die Kolonne auf Bonn zu in Bewegung.

Um die Mittagszeit begann auch bereits der Großverkehr in beiden Richtungen. Ununterbrochen flutete der Verkehr. Man sieht neben Wagen aus Rheinland und Westfalen auch sehr viele aus weit entfernten Bezirken Deutschlands, außerdem aber auch solche aus dem Ausland, vor allem aus Holland, England, der Schweiz und auch aus der Tschechoslowakei.

Wuppertal.

Wieder eine Million Fehlbetrag.

Wp Wuppertal, 7. Aug. Nach einer Mitteilung der Stadtverwaltung wird der städtische Etat durch die neuen Notverordnungsmaßnahmen unter Berücksichtigung des Reichszuschusses um eine weitere Million belastet, die das Defizit in Höhe von 32 Millionen entsprechend vergrößert. — Anfang August wurden 70.000 Personen von der Wohlfahrt betreut, das sind zwischen 16 und 17 Prozent der Bevölkerung. Die Verwaltung betont, daß, wenn

nicht schnellstmöglich durchgreifende Hilfe erfolge, die schlimmsten Folgen vor allem für die Unterstützungsempfänger nicht ausbleiben können.

Wasserrohrbruch in Barmen.

Wp Wuppertal, 7. Aug. Gestern morgen gegen 7 Uhr platzte das Hauptrohr der Wasserleitung in der Medel-Straße in Barmen. Ebe der Bruch bemerkt und die Zufuhr abgestellt wurde, ergossen sich etwa eine halbe Stunde lang große Wassermassen durch die abschließigen Straßen, rissen das Pflaster auf und verwüsteten die Gärten.

Die olympischen Spiele in Los Angeles.

Ein Weltrekord nach dem anderen.

Abschluß der Leichtathletik bei den olympischen Spielen.

In Los Angeles wurden am Sonntag die leichtathletischen Wettbewerbe beendet. Nicht weniger als vier Weltrekorde und ein olympischer Rekord wurden gebrochen. Zunächst gelang es, wie berichtet, der amerikanischen Sprinterstaffel, ihren Weltrekord vom Samstag von 40,6 auf 40 Sekunden zu drücken. Da gab es natürlich für uns nichts zu gewinnen. Deutschland wurde fünf Meter zurück nur Zweiter vor den weiteren 3 Meter zurückliegenden Italienern. Das gleiche Bild bot sich bei den Frauen. Die Amerikaner liefen über die gleiche Strecke 47 Sekunden und siegten sicher über Kanada und England. Unsere Damen kamen nicht über den letzten Platz hinaus. Auch in der dritten Staffelfeindeutung mußte der Weltrekord dran glauben. Wieder waren es die Amerikaner, die über 4 mal 400 Meter eine neue Bestzeit in 3:08,2 herausliefen.

Damit waren die Weltrekorde aber noch nicht erschöpft. Im Hochsprung der Frauen gewann die Amerikanerin Schilf mit 1,67 Meter. Aber ihre Landsmännin Dickschön stand mit 1,64 m nicht viel nach, und Miß Dawes-Kanada folgte mit 1,63 Meter dichtauf als Dritte. Die Düsseldorferin Helma Rottke schied schon bei 1,55 Meter aus.

Auch der Marathonlauf sollte für Deutschland eine Enttäuschung bringen. Unsere Hoffnungen ruhten auf Paul de Bruyn, der, von Sieg zu Sieg geist, vor allem mit den dortigen Verhältnissen vertraut war. Es kam aber anders, und Bruyn hatte mit der Entscheidung dieses Rennens nichts zu tun. Er belegte nur den 15. Platz 21 Minuten hinter dem Sieger. Der von seinem Start in Deutschland her bekannte Argentinier Zabala zog unter unbeschreiblichem Jubel als Erster in das Stadion ein und siegte in der fabelhaften Zeit von 2:31,36.

Den erwarteten japanischen Sieg gab es im 100 Meter-Krauschwimmen der Herren. Der Favorit Miyabeta siegte in 58,2 leicht gegen seinen Landsmann Kawaschi (58,6) und den Amerikaner Schwarz (58,8). Im gleichen Wettbewerb der Damen gab es wieder einen olympischen Rekord. Zum viertenmal innerhalb von zwei Tagen wurde die Leistung unterboten, diesmal durch die Holländerin von Duden mit 1:07,6. Den Endlauf bestreiten Duden, Saville, Mabison, Dult und McKim.

Das 200 Meter-Krauschwimmen gewann der Italiener Costoli in 2:22,8 vor Bannie und Lundahl, während sich sein Landsmann Perentini den zweiten Lauf in 2:24 vor Szabados und dem Kölner Schwarz holte.

Gutes Abschneiden der deutschen Ringer.

Im Gegensatz zu den Leichtathleten legten unsere Ringer bei den Kämpfen gegen starke Konkurrenz Ehre ein und errangen neben drei Silbernen durch Wendel-Münberg im Bantamgewicht auch eine goldene Medaille. Wir dürfen also mit den Schwereathleten zufrieden sein. Wendel kam zu einem entscheidenden Siege, da Rizzola-Italien infolge einer Augenverletzung aufgab. Damit hatte er den Gesamtsieg von Francois und Rizzola sicher. Im Federgewicht wurde Ehrh-München nach seinen Punktflecken über Gozzi und Koffela nur Zweiter hinter Gozzi und Koffela. Sperling gelangte im Leichtgewicht noch auf den zweiten Platz hinter dem bereits als Sieger feststehenden Wainberg vor Kurland. Im Mittelgewicht ist die Placierung: Koffinen-Finnland vor Földeat-Deutschland und Gader-Schweden.

Handel und Wirtschaft.

Kölner-Schlachtviehmarkt.

Köln, 8. August Auftrieb 1448 (zuletzt 1294) Stüd Großvieh, und zwar 283 (250) Ochsen, 357 (285) Bullen, 693 (671) Kühe, 130 (102) Färsen, 5 (6) Kälber, 1625 (1268) Kälber, 37 (29) Schafe, 4831 (3989) Schweine.

	8. 8.	1. 8.
Düsen	WM.	WM.
vollfleischige, ausgemästete		
1. jüngere	34-38	35-39
2. ältere	29-32	30-32
sonstige vollfleischige		
1. jüngere	30-33	30-33
2. ältere	25-28	25-28
fleischige		
gering genährte		
Bullen		
jüngere vollfleischige	26-28	27-30
sonstige vollfleischige	22-25	23-26
fleischige	18-21	20-22
gering genährte		
Kühe		
jüngere vollfleischige	30-32	30-33
sonstige vollfleischige	25-28	25-29
fleischige	20-24	20-24
gering genährte	15-18	17-19
Färsen		
vollfleischige, ausgemästete	32-35	32-36
vollfleischige	27-31	26-30
fleischige		
mäßig genährte Jungvieh	20-25	20-27
Kälber		
Doppelender	52-65	53-66
beste Mast- und Saugfälscher	42-46	43-48
mittlere Mast- und Saugfälscher	33-40	35-42
geringere	26-32	28-33
Schafe		
Mastlamm u. jung. Masthammel		
1. Weidemast		
2. Stallmast		
mittlere Mastlamm, alt. Masth.		
gut genährte Schafe Sauglamm.		
fleischige Schafvieh		
gering genährte Schafvieh		
Schweine		
a) über 300 Pfd. Lebendgewicht	48-51	47-50
b) 240-300 "	49-53	48-52
c) 200-240 "	49-53	48-52
d) 160-200 "	46-51	45-50
e) 120-160 "		
f) unter 120 "		
g) auen	40-46	40-48

Brühl und Umgebung

Brühl, 9. August.

!!! Die hiesige Sparkasse macht bekannt, daß ihre Haupt- und Nebenzweigen am Donnerstag, dem 11. August, (Verfassungstag) geschlossen bleiben.

!! Die St. Sebastianus-Schützen versammeln sich am Donnerstag Abend 8 Uhr zu einer außerordentlichen Generalversammlung im Stammlokal Thiesen.

!! (Verwaltungs-Sonderzug mit 50 Prozent Ermäßigung nach Bad Münster a. Stein. Am Sonntag, den 14. August, verkehrt ab Köln ein um 50 Prozent verbilligter Verwaltungs-Sonderzug nach Bad Münster a. Stein mit den Ausreisestationen Bingerbrück, Bad Kreuznach und Bad Münster a. Stein. Abfahrt ab Brühl 7.15 Uhr. Ankunft in Bingerbrück 9.25, Bad Kreuznach 9.45 und Münster a. Stein 9.52 Uhr. Rückfahrt ab Bad Münster a. Stein 20.12 Uhr, Bad Kreuznach 20.19 Uhr, Bingerbrück 20.39 Uhr. Ankunft in Brühl 22.51 Uhr. Die Fahrpreise betragen für Hin- und Rückfahrt ab Brühl: nach Bingerbrück 2. Klasse 8.20 RM; 3. Klasse 5.60 RM; nach Bad Kreuznach 2. Kl. 9 RM; 3. Kl. 6.20 RM; nach Bad Münster a. Stein 2. Klasse 9.20 RM; 3. Kl. 6.40 RM. Die Fahrkarten können ab Freitag, den 12. August, bei der Fahrkarten-Ausgabe in Brühl gelöst werden.

Entscheidung des Führerscheins. Die Deutsche Beamtenbund-Korrespondenz teilt aus einer Entscheidung des Preussischen Oberverwaltungsorgans vom 3. März 1932 — IV C. 42/31 — folgende Grundsätze mit: Die Bestimmung der Zeitdauer, für welche die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen entzogen wird, ist keine selbstständige polizeiliche Verfügung, sondern erlangt polizeil. Bedeutung erst mit der Anordnung der Entziehung; die ganze Anordnung ist eine unteilbare polizeiliche Verfügung. Die Auswahl des Mittels (Entziehung für dauernd oder für einige Zeit) ist in das pflichtmäßige Ermessen der Verwaltungsbehörde gestellt und daher, als Zweckmäßigkeitsfrage, der Nachprüfung durch den Verwaltungsrichter entzogen. Nach der in der E. d. DVB Bd. 79 S. 118 behandelten Wirkung des Alkohols (Aufhebung der Schärfe der Beobachtung) kann auch die durch den Alkohol bewirkte Aufhebung der Hemmungsvermögen u. U. ein Grund zur Entziehung der Fahrerlaubnis sein.

Kierberg: Der kathol. Jungmännerverein, der sich erst vor kurzem neu konstituiert hat, hat sich dank der eifrigen Leitung so gut entwickelt, daß am vergangenen Sonntag eine Jungfaher ins Leben gerufen werden konnte. Erfreulicherweise meldeten sich über dreißig Jungens. Alle Jungens vom 10. Lebensjahr können beitreten. Zweck der Jungfaher ist, die Jungens zu tüchtigen und brauchbaren Katholiken heranzubilden. Es ergeht an alle katholische Eltern die freundliche Bitte, ihre Jungens reiflos der Jungfaher zuzuführen. Beitrag wird von den Jungens nicht erhoben. Meldungen nimmt das Pfarramt entgegen.

Die Zwangsversteigerung auf dem Lande

Das Institut für Konjunkturforschung behandelte jüngst in einer Veröffentlichung die Frage, wieviele landwirtschaftliche Grundstücke vor dem Inkrafttreten des Vollstreckungsschutzes unter den Hammer kamen. Das Institut kommt zu dem Schluß, daß in den Jahren 1925 bis 1931 in Deutschland nahezu 500 000 ha land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke zwangsversteigert wurden, d. h. weit über 1/100 der Gesamtfläche Deutschlands und ein Gebiet in der Größe der bayerischen Pfalz. (1928: 48 000 ha, 2292 Betriebe; 1929: 91 000 ha, 3173 Betriebe; 1930:

129 000 ha, 4350 Betriebe; 1931: 153 000 ha, 5061 Betriebe, außer Baden und Thüringen)

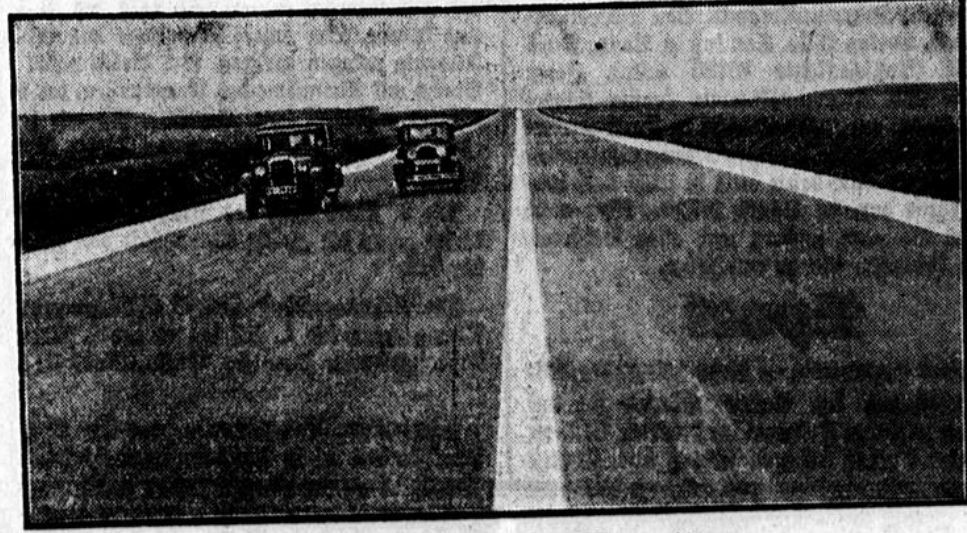
Die Zahlen über die Zwangsversteigerung zeigen wie sehr die Not der deutschen Landwirtschaft in den letzten Jahren angestiegen ist. Die enormen Kapitalverluste, die bei den Zwangsversteigerungen entstehen, treffen aber nicht allein den Schuldner, sondern auch den Gläubiger. Schon seit Jahren fielen bei den Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke die Forderungen eines Teils der Personalkreditgläubiger aus. Etwa seit Mitte 1930 ist der Druck am Gütermarkt aber so stark, daß auch die Hypothekendarlehen in die Ausfallzone geraten sind. Im ersten Vierteljahr 1931 sind im Reichsdurchschnitt bei den Zwangsversteigerungen nur noch 60 v. H. der Hypothekenbelastung als Ersteigerungspreis herausgekommen, also über 40 v. H. des Hypothekensatzes neben sämtlichen Personalkreditgläubigern bei der Zwangsversteigerung ausgefallen. In einzelnen Landeskreisen waren die Ergebnisse noch ungünstiger; hier sind noch nicht einmal 50 v. H. der Hypothekenlast als Meistgebot erzielt worden. Seitdem haben die Zwangsversteigerungserlöse noch weiter abgenommen. So bedekten in einigen preussischen Regierungsbezirken im letzten Vierteljahr 1931 die Meistgebote, auf die der Zuschlag erteilt wurde, noch nicht einmal 40 v. H. der hypothekarischen Belastung der Grundstücke; selbst die Gläubiger erster Rangs Hypotheken erlitten teilweise erhebliche Kapitalverluste. Eine Zurückdrängung der Zwangsversteigerung wurde erreicht durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931, wonach der Zuschlag verweigert werden kann, wenn das Meistgebot nicht 70 v. H. des Einheitswertes erreicht.

Bleibt treu dem Memelland

D.M.N. Als in den vergangenen Monaten das deutsche Schicksal des Memellandes aufs schwerste bedroht war, da hat die memelländische Bevölkerung bewiesen, daß sie mutig und treu zu ihrem deutschen Bekenntnis und zu ihren vertriebenen Nachbarn steht. Auch das Reichsvolk hat in jenen Wochen dem Schicksal dieses entzweiten Landes im äußersten Nordosten größte Anteilnahme entgegengebracht. Ist der Angriff auch abgeklungen, es gilt weiterhin, sorgsam auf der Hut zu sein, und es ist für das ganze Volk unerlässlich, sich mit dem Memelland selber, seinen Menschen, seiner wirtschaftlichen Lage, seinem politischen Schicksal vertraut zu machen. Der beste Wegweiser hierzu ist die Bildreihe, die in der Lichtbildabteilung des Deutschen Ausland-Instituts aus ganz neuem Material soeben zusammengestellt wurde und die in 75 Bildern mit begleitendem Textvortrag alles wesentliche über das Memelland sagt. Bilder und Textvortrag können — wie alle Textvorträge — unentgeltlich vom Lichtbild-Dienst des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart leihweise bezogen werden.

Filmschau.

„Reimal“, eine Film-Symphonie in 5 Teilen, mit besonderer Musikbearbeitung für den Film, gelangt am Donnerstag, dem 11. August, nachmittags 4.15 Uhr und abends 8.15 Uhr im Apollo-Theater zur Vorführung. (Näheres siehe Anzeigen und Plakate.) Auswärtige Zeitungen schreiben über den Film folgendes: Der Film verdient es, vor einem vollen Hause zu laufen. Er erschloß einen Teil der großen Schönheiten unseres deutschen Vaterlandes und ließ so recht den Wechsel und die Verschiedenartigkeiten der Landschaften erkennen. Von Kiel machte man einen Sprung nach Hamburg, dem Tor der Welt. Man erlebte eine herrliche Seefahrt nach Helgoland und machte im Anschluß daran einen Streifzug durch die bekanntesten Bäder der Nordseeküste. Dann ging die Reise in den Harz. Wundervolle Aufnahmen vom gerfluteten Vögel und



Die Autoschnellstraße Köln - Bonn

Die neuerbaute Autostraße Köln-Bonn ist nun dem Verkehr übergeben worden. Unser Bild gibt einen Blick auf die 16 Meter breite Straße.

Briefkasten.

Auskünfte unter dieser Rubrik werden aus Begleichen der B. 2. erteilt und sind unentgeltlich. Anfragen sind nur schriftlich unter Nennung des Namens und der Wohnung der Redaktion einzureichen. Anfragen durch Fernsprecher können nicht beantwortet werden.

Aufwertung 1932. Die Auszahlung der Restsumme wird Ihnen mit Rücksicht darauf verweigert, daß die Kasse erst 1933 zur Auszahlung des gesamten Aufwertungsbetrages verpflichtet ist.

B. A. Wenn der Weinstock ertroren, haben Sie auch keine Aussicht mehr, daß der Stock noch einmal Früchte tragen wird.

J. K. 100. Die Maus kann dadurch vertilgt werden, daß man ihre Gänge ansträuchert. Dies geschieht am besten mit den Lepti-Patronen, deren schweres Gas in alle Gänge und Schlupfwinkel der Mäuse hineinsinkt und diese tötet.

Lothvogel. Da Sie doch nachweisen können, daß Sie die Anzahlung geleistet haben, kann jetzt keine Forderung mehr an Sie gestellt werden.

F. T. 52. Sie können Ihr Gefallenstück nur nach Abolvierung einer ordnungsmäßigen 4jährigen Lehrzeit machen. Ihre Absicht läßt sich also nicht verwirklichen.

Verpflichteter in Oide. Sind die Versicherungs-gesellschaften nicht verpflichtet, die Versicherungs-aufwertung bar auszuzahlen? — Die Versicherungs-gesellschaften nehmen nur dann eine Barabfindung des Aufwertungsanspruchs vor, wenn der Aufwertungsanteil unter 50 RM. bleibt. Sonst wird eine beitragsfreie Versicherung gebildet, die beim Tode bzw. vollendeten 85. Lebensjahre der versicherten Person erbt. Die ausfallenden Zinsen erhöhen natürlich den Aufwertungsanteil.



Absprung aus der Montgolfiere

Auf der Berliner Sommerschau „Sonne, Luft und Haus für alle“ flieg der bekannte Pilot Conrad mit einem Heißluftballon auf und sprang aus einer Höhe von 300 Meter mit dem Fallschirm ab. Heißluftballone, sogenannte Montgolfiere, waren die Vorläufer unserer mit Gas gefüllten Freiballone. Unser Bild zeigt unten rechts den Piloten beim Anknüpfen des Fallschirms, neben ihm sieht man Strohhalm, das unter dem Ballon verbrannt wurde. Links sieht man den in die Höhe schwebenden Ballon, aus dem schwarzer Rauch entweicht. Der Pilot hatte sich mit einer Seilleiter mit dem Kopf nach unten an den Ballon gehängt. In etwa 300 Meter Höhe ließ er sich fallen.

Verantwortlich: Peter Decker, Brühl.
Notationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Becker GmbH, Brühl.



Deutsche Schüler im französischen Ferienlager

Deutsche Schülerinnen und Schüler sind zusammen mit vielen Kindern aus anderen Ländern in einer internationalen Zeltstadt bei Daxweiler in der Nähe von Paris angekommen, wo sie ihre Ferien verbringen. Unser Bild zeigt sie bei Tanz und Spiel im Lager.

Bücherschau.

Die Beamten-Dienststrafordnung für preussische Staats- und Kommunalbeamte. Von Bürgermeister Decker. Verlag W. B. Stollfuß in Bonn. Preis 1.25 M. (Postfachkonto 76183 Köln). Jeder Staats- und Kommunalbeamte (außer richterlichen) ist der am 1. April 1932 in Kraft getretenen neuen Beamten-Dienststrafordnung unterworfen und jeder sollte daher diese in leicht verständlicher Weise verfaßte Schrift besitzen. Wer nicht nur den Beamten, sondern auch allen Behörden ist das Büchlein sehr zu empfehlen.

Sport

Brühler Sportverein — Jahrs Kupperfest 4.3.

Zur Eröffnung der Saison lieferten sich am Sonntag zwei alte Bekannte im Brühler Stadion einen von Anfang bis zum Schluß interessanten

Kampf. Die Kuppersteiger stellten eine gut spielende einheitliche Mannschaft ins Feld, die aber von den technisch reiferen Spielern des B.S.V. eine knappe, aber sichere Niederlage mit auf den Heimweg nehmen mußten. Bei Brühl gefiel der Sturm mit Ausnahme des Rechtsaußen, der nicht recht in Schwung kam. Der Mittelfürer zeigte eine sehr gute Ballverteilung. — Weger ist noch immer der Alte.

Die 2. Mannschaft des Brühler Sportvereins verlor gegen die gleiche Mannschaft von Kuppersteig 3:2.

Die 2. Mannschaft des B.S.V. gewann in Brenig gegen die 1. Elf des in der 2. Bezirksklasse spielenden Breniger Ballspielklubs 7:3.

Schwimmen. Am Sonntag war der Brühler Schwimmklub 23 in Raststätten zum Gange. Um

7 Uhr früh fuhren 2 Omnibusse über Bonn-Rhein, dem Rhein entlang, dem Ziel entgegen. Nach dem Mittagessen in Raststätten und einem Spaziergang durch den wunderbar gelegenen Lustort, ging es um 2 Uhr unter Teilnahme der ganzen Bevölkerung im Festzug zum herrlichen Waldbad. Nach der Ansprache des Bürgermeisters begannen die Wettkämpfe. Es gab sehr schöne Kämpfe. Unter anderem errang Fritsch vom B.S.V. den 2. Sieg im 100 m. Freistil und Hamblen Joseph den 2. Sieg für Herrenrücken über 32 Jahre. Am spannendsten waren die beiden Wasserballspiele, die wir ausstragen hatten. Die ganzen Zuschauer waren mitgenommen von den Spielen. Seit Jahren waren es die besten Spiele, die unsere Mannschaft austrug. Das erste gewonnen wir gegen Pfaffenborn mit 4:1. Dadurch kamen wir in die Entscheidung und mußten nachher nochmal gegen Bonn-Oberkassel antreten, wohl

der gefürchtetste B. o. B. Verein im weitem Umkreis. Das Spiel endete mit 2:1 für Oberkassel, bei dem wir ein eigenes Tor warfen und ein Tor war nicht ganz einwandfrei, durch schlechte Feststellung des Schiedsrichters. Nach der Siegesverkündung fuhren wir gegen 9 Uhr abends ab über Braubach nach Pfaffenborn, wo im Vereinslokal der Pfaffenborfer halt gemacht wurde. Mit einem kräftigen Gut Raß begleiteten uns die Pfaffenborfer dann zum Städtchen hinaus und es ging der Heimat entgegen. Allen Teilnehmern wird dieser Tag noch lange in Erinnerung bleiben.

Die Kölner Firma Landauer weist in einer humorvollen Beilage unserer heutigen Ausgabe auf die Vorzüge und Preiswürdigkeit ihrer Konditorei und sonstiger Artikel hin. Sie wird der Durchsicht empfohlen.

Danksagung

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die überaus schönen Kranz- und Blumenpenden beim Beimgange meines innigstgeliebten Gatten spreche ich allen Bekannten, der Direktion und den Beamten der Verband-Abteilung der Rheinischen Braunkohlen Akt.-Ges. Grublerwerk meinen tiefempfundenen Dank aus.

Frau Wwe. Johann Schmidt.
Vinsdorf, im August 1932.

Zu allen Kassen

im Landkreis Köln zugelassen

Dr. Paul Weismüller, Walberberg

Sprechstunden: 8.30 — 10 Uhr, 3.30 — 5 Uhr
Fernsprecher: Merten 379.

St. Sebastianus Schützenbruderschaft Brühl.

Zu einer außerordentlichen

General-Versammlung

werden die Schützenbrüder auf Donnerstag, den 11. August, abends 8 Uhr im Stammtisch lokal diesen freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Möbel

Dringende Wechselzahlungen zwingen größeres Möbelhaus aus seinen Beständen mehrere Küchen, Schlaf-, Speise- u. Herrenzimmer in Eiche und Edelholz

zu jedem annehmbaren Preis zu verkaufen.

Küche (komplett) 150 RM
Schlafzimmer (komplett) 280 RM
Speisezimmer (komplett) 270 RM
Herrenzimmer in jeder Größe und Einzelmöbel.

Abholung im eigenen Wagen zur unverbindlichen Besichtigung.
Lieferung franko. Eilangebote unter Q 8 418 an die Geschäftsst.

ALLES

was Sie kaufen wollen, finden Sie gut, schnell und billig, durch eine Anzeige in der

BRÜHLER ZEITUNG



Inficin
Einf. Anwendung, radikale Vernichtung m. Brut! Packung jetzt 90 Pfg. In all. Apothek. u. Drogerien (Gebrauchsanweisung im Paket.)

Versicherungsschäden, Vergleiche mit Ihren Gläubigern. Betreibung von Außenständen. Rechtssachen aller Art bearbeitet erfahrener Treuhänder.
Simon, Köln, Hönningerweg 263, Fernsprecher 97995.

Ich helfe Ihnen sparen



Damensohlen RM 1.75
Damenabsätze RM 0.65 - 85
Herrensohlen RM 2.70
Herrenabsätze RM 0.95 - 1.15
genäht oder geklebt 0.35 Aufschlag.

Nur erste Qualität!

Leder im Ausschnitt. Gestanzte Sohlen zu enorm billigen Preisen.

Beachten Sie bitte meine Auslagen!

Alfons Böswald

Schuhmachermelster, — Uhlenstraße 93

Abholen und Zustellen frei Haus.

Bei Kopfschmerzen, Influenza helfen sicher
Pflaumen Migränpulver RM 0.50 und 1.—
Alte Kurfürsten-Apotheke am Markt.

Wir bitten unsere Kundschaft davon Kenntnis zu nehmen, daß unsere

Haupt- und Nebenstellen

am DONNERSTAG, dem 11. AUGUST
(Verfassungstag)
geschlossen bleiben.

Köln, den 9. August 1932.

Sparkasse der Stadt Köln

Kreissparkasse der Landkreise
Köln, Berghelm und Mülheim.

3 Zimmer und Küche
Unterhaus, nur an ruh. bessere Leute, höhere Mietzahlung zu vermieten.
Uhlenstraße 127.

Schöne Wohnung
3 geräumige Zimmer part. in ruh. Hause, zum 1. Sept. zu vermieten. Zu besichtigen 11-1 Uhr. Vinsdorferstr. 19 I.

2 oder 3 Zimmer-Wohnung
sofort zu vermieten. Dasselbst 2 eiserne Bettstellen für Kinder u. Erwachsene zu vermieten.
Kölnstraße 176.

2 durchgeh. Zimmer
1. Etg. zu vermieten. Vinsdorferstr. 204.

Schöne Wohnung
3 Zimmer in ruh. Hause Kölnstr. an ruh. Mieter ab sofort zu vermieten. Miete 32.— M. 6. Vinsdorferstr. 6.

In bester Wohnlage, Nähe Hauptbahnhof, abgekauftene 1. Etage
5 Räume
zum 1. Sept. zu vermieten. Aufst. in der Gsch. 782

Zigarren-Geschäft
zu vermieten. Besch.: Vinsdorferstr. 2

Ladenlokal
zu vermieten. Mülentstraße 59.

Ein Wohnhaus
zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter Q 8 419 an die Geschäftsstelle.

Schöne 3 Zimmerwohnung
1. Etg. mit all. Bequemlichkeiten (Küche, Bad, etc.) zum 1. Sept. zu vermieten. Angeb. unter Q 8 416 an die Geschäftsstelle.

Kapital 1000 RM
baldmöglichst von Selbstgeh. auf Haus od. Land gegen hohe Anfs. Angeb. unter Q 8 233 an die Geschäftsstelle.

Haimaton
bewährt sich bei Blutmangel, Nerven-erkrankungen und Schwächezuständen. Haimaton ist auch unter dem Namen Blut- und Nervenstärker für Alt und Jung bekannt. — Zu haben nur in Apotheken bestimmt. Alte Kurfürsten-Apotheke am Markt. Preis: 1.20, 2.— und 3.50.

Nur 50 Pfg.
bezahlen Sie für tägliche Benutzung meiner Wasch- und Putzmittel. Bei späterem Kauf wird die Selbstgebuhr gutgeschrieben. Reinhold Fröde, Mechaniker, Kölnstr. 83.

Eifel-Verein Ortsgruppe Brühl

Nachmittags-Bandierung

am Mittwoch, 10. August (Ferienbandierung) Brühl — Oberer Blütenweg — Walberberg — (Kaffeehaus im Gasthaus Eiserne Saal Brühl) — Wille Wald Brühl. Ohne Fahrkosten! Führung: G. Schneider. Treffpunkt: 14.30 Uhr Kartausg. Bonnstraße. Gäste willkommen! Niederbücher mitbringen! Um rege Beteiligung bitten.
Der Vorstand.

Monats-Versammlung
am Freitag, 12. August abends 8 Uhr im Gartenhof des Rathhauses. Gäste willkommen! Niederbücher mitbringen!

Orts-Vertreter od. Vertreterinnen gesucht
zum Verkauf von Wasch- und Putzmitteln. „Müge Wäckerin“ Zufrieden erheben unt. Q 8 414 an die Gsch.

Älteres gebildetes Fräulein
sucht Hausarbeit für 1/2 oder 3 Tage. (Beide Referenzen.) Angebote unt. Q 8 232 an die Geschäftsstelle.

Struthahn in Brühl
und Henne, sowie 2 Pekingenten billig zu verkaufen. Dasselbst in Brunnenköpfer schwarz und rot abzugeben. Brühl, Vinsdorferstraße 22.

erfolge,
die 1
könn...

rn mor-
hr der
Wannen
r abge-
e Stun-
abchüß-
und ver-

Deutsche
re Hoff-
der, von
den der-
Es kam
der Ent-
un. Er
hinter
start in
Sabala
s Erster
er fabel-

ab es im
en. Der
ht gegen
und den
gleichen
er einen
al inner-
lung un-
länderin
bestreiten
Meßim.
gewann
Banne
ndsmann
r Sabala

Ringer.

en legten
gen starke
eben drei
im Ban-
d dille.
gleten zu-
entschei-
nfolge ei-
hatte er
Nizzola
München
ppi und
d Koffela.
noch auf
als Ele-
and. Im
Koffinen-
und Ca-

11.

(294) Stid
357 (205)
en, 5 (6)
chafe, 4831

8 1. 8.

38 35-39

38 30-32

33 30-33

28 25-28

28 27-30

28 23-26

21 20-22

32 30-33

26 25-29

24 30-34

18 17-19

35 32-36

31 26-30

25 20-27

66 53-66

46 43-48

40 35-43

32 28-33

51 47-50

53 48-52

51 45-50

48 40-45

Jemand, der vorwiegend, alle vier Teile der Welt durchkreuzt zu haben, erzählt von einer Art Kugel in Indien, welcher so große Ähnlichkeit hat, daß unter einem derselben jüdischen bewaffnete Reiter in Schlachtfeldern aufmarschieren und exorzieren könnten, ohne einander zu hindern. Ein anderer, welcher dies hörte, sagte ganz kahl, er sei auch gereist, und habe irgendwo einen Kessel machen sehen, an welchem hundert Arbeiter arbeiteten, und in welchem noch außerdem jüdische Menschen damit beschäftigt gewesen wären, ihn zu polieren. „Aber wozu sollte dieser ungeheure Kessel dienen?“ fragte der erste. „Vermutlich“, erwiderte der andere, „um Ihren Kugel darin zu waschen.“

Ein Geist an einer Stelle d'hohe, der mehrmals vorbeigekommen war, erzählte von einer Kugel, die man gerade Gänge ab: „Na, Marquer, der Geist will schmecken!“ Sofort bekam er einen Schlag nach dem Hinterkopf, und er fiel um. Er kam wieder auf, und er erzählte: „Na, Marquer, der Geist will schmecken!“

Gleich im Anfang des siebenjährigen Krieges (so wurde in der Geschichte dieses Krieges) habe das jüdische Lager bei Birna, 17000 Mann stark, das Unglück, von den Russen eingeschlossen zu werden, und sich in kurzen Übergängen zu müssen. Die ganze 17000 Mann? fragte die kleine Frau: womit hatten sie sich denn dem Wogen vorüber?

Ein Mann... kam ein Kanonikus mit einem Posten durch das Tor. Der Posten fragte ihn: „Wer sind Sie?“ — „Ich bin ein Kanonikus aus Magdeburg und habe Sie bloß durch“, antwortete der Kanonikus. Als der Kommandant der Stadt den Posten bei der Hand, kam er die Durchreise des Fremden in dermaßen an: „Ein Kanonikus aus Magdeburg geht mit einem Posten durch.“

Fragen. Nach dem Essen erfolgte abermaliges Wachen. Es ergaben sich da Gewichtszunahmen, aus denen man auf die Quantität der kulinarischen Genüsse interessante Rückschlüsse ziehen kann.

So wog z. B. der Kronschmiedmeister Konstantin 207 Pfund, während er nachmittags 212 Pfund wog. Sogar das weibliche Geschlecht pflegte derzeit eine modische Klinge zu schlingen. Lieberhaupt legte man in jenen Tagen noch keinen Wert auf schlankes Aussehen. So wog der König August von Sachsen als Bierbrauereibesitzer 280 Pfund. Doch die alle Heile der Markgräfin Georg Friedberg von Brandenburg in den Schatteln. Befragter Markgraf wog nicht mehr und nicht weniger als — 4 Gentner!

Käselecke

Wo ist der Solesjäger?



Ausführung des Bilderrätsels:
Man hat, daß Titel, Rang und Orden auch immer Zeichen wahrer Ehre?

magten. Hatte belästigt prächtige Häuser in den elegantesten Vierteln von Paris und Alexandria. Aber diese Willen dienten ihm weniger zu Repräsentationszwecken denn als Warenlager. Seine Unbescheidenheit ging soweit, daß er in Kairo ein Laboratorium unterhielt, wo hervorragende europäische Chemiker nach Berberin suchten, mit denen man die Qualität als solche angereicht unternahm, machen konnte, ohne ihre Wirkung zu beeinträchtigen. Nun hat das Schicksal Paris erreicht; die Berberin hat ohne Rücksicht auf seine Fehler durchgegriffen und den Kaiser der Kaiserin hinter Schloß und Riegel gesperrt. Wenn die Kaiserin Jahre um kein werden, dürfte kein Unternehmen, das ganz auf den beiden Augen dieses ungewöhnlichen Mannes stand, länger bestehen.

Humor in der Postkarte

Horüber die Menschen vor 100 Jahren lachten.

Es gibt viele Möglichkeiten, sich in den Geist einer Zeit zu versetzen; man kann eine Periode auch aus ihrem Humor verstehen. Die Gegenwart hat wohl Witze, geistige, scharfe, böse und gallige Witze — aber keinen belustigenden Humor, zu dem immer Güte gehört und innere Harmonie. Wenn wir hundert Jahre zurück gehen und blättern in dem vergilbten „Lustigen Streispieler“, einer „Sammlung lustiger Anekdoten zur Vertreibung der Langeweile“, „Sammlung auf Reisen“ aus dem Jahre 1823, so tritt uns eine ganz andere Welt entgegen. Ein paar Proben:

Einmal Lages kam ein Bedienter des Kaisers. Er zum Hofnachschaffend gelassen: Komplement von meinem Herrn und er ließ sich seinen Vorwurf anerkennen. Blickend lachte, und konnte gar nicht begreifen, was er damit wollte; da indeß ein Scherz dabei abzuwischen konnte, ließ er endlich sein Gesicht wirklich verabsolgen. Nach einigen Stunden kam aber der Bediente in großer Angst wieder und sagte beäugt: daß nicht der Oberhof des Herrn Hofnachschaffend sein Oberst gemeint sei.

Triffliger Grund

Dem feineren sehr berühmten englischen Komponisten John Field wurde eines schönen Tages von einem unbekannten Komponisten eine Anzahl Billets zu einem Konzert, das dieser in großer Aufregung sehen wollte, ausgereicht, damit er sie an den Mann bringe. Field wollte aus Eitelkeit die Billets nicht abgeben und bot noch am nächsten Abend einer Dame der Gesellschaft einige der ausgereichten Billets an.

„Welche Summe?“ rief die Dame bezaubert aus. „Von dem Mann habe ich ja noch gar nichts gehört.“

„Eben deshalb“, meinte Field mit ironischem Lächeln. „Bitte ich Sie, ein Billet zu nehmen! denn wenn Sie davon etwas von ihm gehört hätten, würden Sie gewiß kein kaufen!“

„Heberlaufen“

Dem feineren sehr bekannten Professor Laubmann dem „farwestlichen Rat“ (das heißt: Hofnarren) mehrerer kaiserlicher Höfe, überreichte eines schönen Tages ein Student ein leibhaftig gefertigtes lateinisches Gedicht und bat den Schaff, das Gedicht doch einmal flüchtig wenigstens überzusehen (prüfen) zu wollen.

Das will ich ganz gern tun“, sprach der Professor mit molligem Lächeln, nachdem er einen raschen Blick auf das poetische Graugut geworfen und bemerkt hatte, daß es von Hebern nur so klang, warf das Gedicht zum Erstaunen des verblüfften Studenten auf den Boden, trampelte darauf gekavaliert herum und meinte dann karakatisch:

„So, nun bin ich Ihrem Wunsch und meinem Wort nachgekommen: ich habe Ihnen aus dem Gedicht und Ihre Arbeit überlassen — hier haben Sie es wieder!“

Eine wertwürdige Geste

In früheren Zeiten spielte das Essen eine weit wichtigere Rolle als heutzutage. Man teilte besonders in Bezug auf Quantität ganz außerordentliches. So bewahrt man noch als Kuriosum in Dresden ein Buch auf, in dem das Gewicht der bei Hofe eingeladenen Gäste verzeichnet wurde. Es stammt aus den Jahren 1712-1732. Die Gäste wurden auf der großen Waage im Saalhaus bei ihrer Ankunft gewogen und das Gewicht wurde in das betreffende Buch eingetragen.



JM SPIEGEL

DES LEBENS

Urheberschutz:
Herold - Verlag, (Homburg Saar)

Roman aus dem Englischen von M. Fischer - -

15. lagte sie weich. „Dort, wohin ich gehe, kann mir Mrs. Eller kein Leid mehr zutragen.“

„Wohin gehst du denn, Mutter? Bist du nicht stark genug, um weit gehen zu können?“

„Pattchen!“ sprach die Kranke plötzlich mit neu erwachter Kraft. „Du verbrachst mir, Mrs. Eller, alles mitzuteilen, was ich dir erzählte über ihr verlorenes Kind. Verpflanz es mir heute noch einmal. Ich könnte ruhiger sterben, und wäre glücklich, wenn ich wüßte, sie hätte ihre kleine Blumie wieder gefunden.“

„Ich verpflanze es dir, Mutter“, antwortete Pattchen festlich. „Aber du denkst doch nicht, daß du sterben wirst?“

Sie hielt inne und betrachtete das bleiche Gesicht ihrer Mutter mit ängstlichen Blicken.

„Ich glaube, ich werde bald heimkehren zu unserem himmlischen Vater; und es ist auch am besten so, Pattchen. Du kannst dann leichter fortgehen, denn wenn ich tot bin, können sie mir kein Leid mehr zutragen.“

„O, Mutter, Mutter!“ rief Pattchen, sich ihr in wildem Schmerz an die Brust werfend.

„Still, still, Pattchen, ich muß mit dir sprechen. Öffne den Blicken in meinem Koffer und bringe mir das kleine braune Täschchen, welches darin liegt.“

Pattchen gehorchte.

„Es ist der Preis für meine Erlöse“, sagte Pattchen schmerzhaft. „Nachdem dein Vater gestorben war, verkaufte ich unser kleines Haus und verwandte das Geld in jenem Kasten. Ich war entschlossen, es zur Auffindung des Kindes zu verwenden, aber wenn du Mrs. Eller sagst, daß das Kind noch lebt, wird sie dieses Geld nicht annehmen, denn sie ist reich. Sie wird den rechten Weg einschlagen wissen, um ihre Tochter aufzufinden.“

Pattchen hielt einen Moment erschöpft inne, dann fuhr sie mit schwacher Stimme fort:

„Dieses Guldengeld wird mir zum Glück, aber dir soll es zum Segen werden, Pattchen. Behalte es und lasse die arme Mrs. Lucie dessen bedürftig sein, so gib es ihr. Dann wird es dir das reichste Glück bringen. Ich habe den ganzen Morgen darüber nachgedacht und glaube, daß es so am besten ist, denn sie könnte einmal in Not kommen. Du wirst Mrs. Lucie stets treu dienen, Pattchen?“

